

ABSOLVENTEN NACHRICHTEN

**DW!**

Német-diplomások  
Egyesülete  
információs kiadványa

11. évfolyam/Jahrgang  
Nr. 2. szám September 2004 szeptember



**Oktoberfest 2004**

**OKTÓBER 16-ÁN, SZOMBATON**  
délután 6-tól este 11 óráig a  
**Bratwursthäusle (Kolbászda) bajor sörözőben**

az I. ker. Gyorskocsi utca 6. szám alatt (a Batthyány téri csarnok mögött).

**A tavaly nagyon jól sikerült rendezvény  
mintájára idén is lesz eredeti nürnbergi kolbász,  
csülök, Leberkäse, Brezen meg Bierquiz is  
szuper nyereményekkel!!! és persze**

**sör, sör, sör...**

**10. KONFERENZ****Europavisionen  
2025**

Stunden vor dem offiziellen Beitritt Ungarns schauten wir bei unserer Konferenz in die weite Zukunft. Die Referenten haben aus unterschiedlichen Standpunkten und Blickwinkeln interessante Visionen und Meinungen dargestellt. Treu unserer Traditionen können unsere Leser durch die nachstehenden Vorträge einen Einblick in die Themen bekommen. Um die Atmosphäre unserer Konferenz auch genießen zu können wird die persönliche Teilnahme empfohlen.

**Vortrag  
von Professor  
Siegbert Alber**

*Generalanwalt  
am EuGH a.D.*



Meine sehr verehrten Damen und Herren.

**A**m 1. Mai 2004 werden 10 weitere Länder der Europäischen Union beitreten. Dies sind vor allem Staaten, die sich aus eigener Kraft vom Kommunismus befreit haben und die durch diesen Kampf für die Freiheit und die Demokratie stärker als Westeuropa zeigen, welche wichtigsten Werte der Gemeinschaft zu Grunde liegen. Diese Länder bringen also eine reiche Mitgift mit. Das Datum der Erweiterung der Union ist daher von gleicher historischer Bedeutung wie das der Gründung der Europäischen Union selbst. Aus diesem Anlass ist es sicher sinnvoll, noch weiter in die Zukunft zu blicken und sich zu fragen, wie Europa im Jahre 2025 wohl aussehen wird. Es ist natürlich ein großes Risiko, insoweit konkrete Angaben und Aussagen zu machen, die über bloße Spekulationen hinausgehen. Als ehemaliger Generalanwalt am Europäischen Gerichtshof bin ich natürlich der Wahrheit verpflichtet.

Glücklicherweise war ich vorher 20 Jahre Mitglied des Europäischen Parlaments und davon siebeneinhalb Jahre Vize-Präsident dieses Hauses. Davor war ich im Deutschen Bundestag und im Europarat, also fast 30 Jahre politisch tätig. Deshalb brauche ich es von dieser Seite her gesehen mit der Wahrheit nicht so genau zu nehmen. Also, genau in diesem Rahmen und Spannungsverhältnis möchte ich die Gratwanderung zwischen Dichtung und Wahrheit beschreiten.

Visionen: Der frühere Deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt hat einmal gesagt: „Was, Sie haben Visionen? Da würde ich aber schnell einen Arzt aufsuchen“. Umgekehrt soll der erfolgreichste Kommissionspräsident

Delors vor einiger Zeit einmal gesagt haben, er gebe diesem Gebilde von Europa gerade noch 15 Jahre und dann bräche es zusammen. Das ist wiederum zu pessimistisch, obwohl einige Bruchstellen doch erkennbar sind. Ich meine, dass ein Datum wie das gegenwärtige gerade dazu verleitet, auch einen Blick zurückzuerichten, um zu sehen, wie diese Union entstanden ist und um daraus Schlüsse zu ziehen, wie sie sich wahrscheinlich weiter entwickeln wird. Auch zur Korrektur einiger Fehlentscheidungen ist ein solcher Rückblick sinnvoll.

Europa wird immer als eine Wirtschaftsgemeinschaft bezeichnet. Es heißt polemisch und vereinfachend, Europa diene primär dem Handel und nütze nur der Industrie. So ist es aber nicht bzw. ist dies allenfalls eine Sekundärfolge. Was wollte man mit dem immer engeren Zusammenwachsen der europäischen Völker in Wirklichkeit erreichen? Unmittelbar nach dem schlimmsten aller Kriege wollte man in erster Linie einen dauerhaften Frieden schaffen. Dem diente gleich nach dem Kriege die Gründung der Vereinten Nationen. Doch dass diese nicht gerade erfolgreich agieren, sehen wir in den letzten Monaten überdeutlich. Zudem kann jedes Land in den Vereinten Nationen Mitglied sein, also auch Diktaturen. Der Sicherheitsrat mit seiner Vetomöglichkeit kann blockieren, was oft der Fall war. Man hat gesehen, dass eine solche, rein völkerrechtlich organisierte Institution nicht im gewollten Sinne funktioniert. Nur kurz nach der Gründung der Vereinten Nationen wurde auf europäischer Ebene der Europarat geschaffen, dem inzwischen auch Ungarn angehört. Im Unterschied zur UNO können nur Demokratien Mitglieder des Europarats sein. Dies ist eine wesentliche Verbesserung, die im Hinblick auf die Zielsetzung auch ehrlicher ist. Nun fragen manche, warum blieb es nicht beim Europarat, der ganz gute Arbeit geleistet hat. Zu denken ist dabei an die Verabschiedung seiner zahlreichen Konventionen wie z.B. der Sozialcharta oder der Europäischen Menschenrechtskonvention, um nur zwei von ihnen zu nennen. Die Antwort auf die gestellte Frage ist jedoch relativ einfach: Auch der Europarat ist ein

völkerrechtliches Gremium. Dies bedeutet, dass das, was er beschließt, nicht unmittelbar gilt, sondern erst durch die Parlamente der Mitgliedstaaten ratifiziert werden muss. Auch müssen die Rechtsakte von einer bestimmten Mindestanzahl von Mitgliedstaaten angenommen worden sein, bevor sie in Kraft treten können. Diese Gesetzgebungsverfahren sind zeitlich langwierig und durch das Erfordernis der Mindestzahl auch mit einem Risiko behaftet. Die Gründerväter Europas haben schnell gemerkt, dass rein völkerrechtlich organisierte Gremien, wenn überhaupt, dann schwerfällig funktionieren. So kam es schon im Jahre 1952 zur Gründung der ersten supranationalen Organisation, nämlich der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, auch Montanunion bzw. abgekürzt EGKS genannt. Das Wesen einer supranationalen Organisation liegt aus rechtlicher Sicht im Wesentlichen darin, dass die getroffenen Entscheidungen in den Mitgliedstaaten unmittelbar gelten, also nicht erst durch die nationalen Parlamente ratifiziert werden müssen. Auch kommt solchen Rechtsakten eine Direktwirkung zu, auf die sich häufig auch die Bürger berufen können. Eine supranationale Organisation entfaltet also – trotz des noch vorhandenen völkerrechtlichen Ansatzes – eine unmittelbare und integrative Wirkung. Die Vergemeinschaftung, die Integration, ist daher das Geheimnis des Erfolges der Europäischen Union. Dies schon vor über 50 Jahren erkannt zu haben, ist der große Verdienst der Gründerväter Europas, also Robert Schumans, Alcide De Gasperi und Konrad Adenauers. In diesem Kreis darf auch Jean Monnet nicht vergessen werden, während Winston Churchill, den auch einige gerne dazuzählen würden, zwar für die Einigung Europas eintrat, darunter aber nur den Kontinent diesseits des Ärmelkanals verstand; Großbritannien war das Empire, das auf Europa damals noch fast verächtlich herabblickte.

Im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl haben einige bemängelt, sie diene der Großindustrie, worauf schon der Name hindeutet. Sicher, die Kohle- und Stahlindustrie war die Großindustrie, aber sie

war daneben auch die Kriegsindustrie. Um einen Krieg zu verhindern, hat man die Kohle- und Stahlpolitik vergemeinschaftet und nicht um der Industrie einen Gefallen zu tun. Weniger als ein Jahrzehnt nach Kriegsende brachten die Sieger und die Verlierer ihre Kriegsindustrien zusammen. Für mich ist dies immer noch ein Wunder, dass dies gelang und dass man eigentlich mit dem Schwierigsten begonnen hat. Heute würde man stattdessen wahrscheinlich mit der Kulturpolitik beginnen und dann im Sumpf der Zuständigkeit der Kultusminister stecken bleiben.

Die Europäische Union ist also primär eine Friedensgemeinschaft. Europa und Frieden sind identisch. Wir leben jetzt fast 60 Jahre in Frieden; es ist dies die längste Friedensperiode unserer Geschichte. Dies ist es, was Europa ausmacht. Ich muss immer schmunzeln, wenn ich an folgende Geschichte denke. Ein Parlamentskollege in Brüssel hatte einmal eine Schulklasse zu Besuch und denen hat er gesagt, dass Europa Frieden heißt und den Frieden sicher macht und garantiert. Daraufhin entgegnete ein Schüler: „Na und“. Mein Kollege war am Boden zerstört. Ich habe danach zu ihm gesagt: „Dies ist doch das schönste Kompliment, das man Europa machen kann; dass man den Frieden schon für so selbstverständlich hält, dass man „Na und“ dazu sagen kann“.

Nachdem die Gründerväter durch ihren Mut und ihre Weitsicht das fast Unmögliche geschafft haben, nämlich die Vergemeinschaftung der Kriegsindustrien, wäre es nun nur folgerichtig gewesen, zur Friedensicherung auch die Verteidigung zur vergemeinschaften. Dies war Anfang der fünfziger Jahre auch gewollt. Der Plevan-Plan sah eine europäische Armee vor. Doch leider lehnte das französische Parlament diesen Plan ab. Es waren also nicht Europa-Politiker, die ihn nicht verwirklichten, sondern nationale Parlamentarier, die ihn zu Fall brachten. Erst heute erkennt man die volle Tragik dieses Scheiterns. Hätten wir damals eine europäische Verteidigung geschaffen, wären die Europäer im Hinblick auf die internationale Friedensicherung nicht zur Bedeutungslosigkeit herabgesunken.

Durch die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) wäre Europa schon 1952 zu einer Politischen Union geworden. Eine solche stand nach dem Nicht-Zustandekommen der EVG in weiter Ferne. Man hat dann 1957 durch die Römischen Verträge die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) geschaffen. Auch hier wurde eingewandt, die Bezeichnung Wirtschaftsgemeinschaft sage, dass es um die Wirtschaft und nicht um den Menschen gegangen sei. Aber man hat die EWG nicht der Wirtschaft wegen gegründet, sondern um durch sie zur Politischen Union zu gelangen. Man glaubte, dass eine immer enger werdende Verflechtung der Wirtschaft automatisch zur Politischen Union führen würde. Spill Over Effect nannte man damals diesen Wunschgedanken.

Die Europäische Union ist nun gekennzeichnet durch ihre pragmatische Entwicklung. Nichts wurde überstürzt und überhastet in Angriff genommen; alles wurde so geregelt, dass kein Mitgliedstaat sich „übrumpelt“ fühlen musste. Zunächst ist zu sagen, dass der Union die Kompetenz-Kompetenz fehlt, die bedeuten würde, dass Europa aus sich heraus autonom Recht setzen könnte. Die Gemeinschaft bedarf also für ihre Gesetzgebung der Ermächtigung durch die Mitgliedstaaten, die die Herren der Verträge sind. Nur was auf Europa übertragen wird, kann Europa auch in Gesetzesform umgießen. Das muss man wissen, weil viele Staaten und Bürger immer auf Brüssel und seine angebliche Regelungswut schimpfen. Die Mitgliedstaaten haben es in ihrer Hand, was sie auf die Europäische Union übertragen wollen und was nicht. Manche Staaten sind übrigens froh, wenn etwas durch Brüssel entschieden wird und sie es daher daheim nicht regeln müssen. So können sie unbeschwert über Brüssel schimpfen. Auch dies muss man wissen, wenn man Europa kritisiert.

Zurzeit sind rund 5.600 Verordnungen und etwa 1.800 Richtlinien in Kraft. Dies ist soviel nicht. Natürlich sagen diejenigen, die der Union nicht wohl gesonnen sind, Europa habe schon über 60.000 Rechtsakte erlassen, was

seine Überbürokratisierung und Unübersichtlichkeit beweise. Nun muss man dazu wissen, dass es sich dabei überwiegend um Preisfestsetzungen für Agrarprodukte handelt, die in Verordnungsform, also in Gesetzesform, festgelegt werden müssen und praktisch jedes Jahr neu festgelegt werden. Nur so kommt man auf die astronomische Zahl von 60.000 Rechtsakten, von denen die meisten natürlich gar nicht mehr in Kraft sind. Die „klassischen“ Regelungen dagegen übersteigen nicht die Zahl von 8.000 Rechtsakten und liegen damit weit unter der Anzahl nationaler Regelungen. Im Übrigen beachtet die Union auch das Subsidiaritätsprinzip und wird daher trotz der Möglichkeit der Zuständigkeit nur dann tätig, wenn die Mitgliedstaaten die Materie nicht mehr allein regeln können oder wenn die Einheitlichkeit der europäischen Rechtsordnung dies erfordert.

Die pragmatische und relativ langsame Entwicklung der Union zeigt sich zum Beispiel bei den Tätigkeitsfeldern, in denen Europa agieren kann. Waren es zu Beginn der Gemeinschaft nur etwa eine Handvoll, so sind es inzwischen rund 20 Bereiche, in denen die Union – sei es allein oder unterstützend oder mitfördernd – tätig werden kann. Man wird sicher nicht fehlgehen in der Annahme, dass sich bis zum Jahre 2025 diese Bereiche vermehren werden. In der Außen- und Sicherheitspolitik bleibt viel zu vergemeinschaften. Eine nötige gemeinsame Verteidigung habe ich bereits erwähnt. Die Bekämpfung der internationalen Kriminalität und des Terrorismus ist ebenfalls nur gemeinsam möglich. Die Energieversorgung muss gesichert werden und in der Forschung und Technologieentwicklung können nur gemeinsame Anstrengungen Erfolge verbuchen. Die Steuern müssen zumindest angeglichen werden, um Verzerrungen zu vermeiden, allerdings, ohne einen gesunden Wettbewerb zwischen den Mitgliedsstaaten zu beeinträchtigen. Die Liste der Aufgaben, die Europa in Angriff nehmen sollte, ließe sich fortsetzen. Ich sage es offen, auch wenn einige dies nicht gerne hören, mir ist es im Jahre 2025 lieber, wenn die anstehenden

Probleme gemeinsam europäisch geregelt werden statt diversifizierend national. Im Übrigen macht dann jede europäische Regelung 25 oder 30 nationale Regelungen überflüssig. Ist dies dann mehr oder weniger Bürokratie? Viele Landespolitiker sagen, Brüssel müsse nicht auch die Länge des Stacheldrahts und die Größe der Luftblase im Hühnerei regeln. Die erste Frage dabei ist, ob solches überhaupt geregelt werden muss. Wenn ja, dann ist zweitens eine einheitliche europäische Regelung immer noch sinnvoller als 30 abweichende nationale. Die Mitgliedstaaten sollen sich auf das konzentrieren, was ihre nationale Identität ausmacht. Nationale Eigenheiten sind auch im Jahre 2025 zu fördern. Aber ich meine sinnvolle Eigenheiten und nicht unsinnige Eigenwilligkeiten, die nur die Bürger belasten.

Fast jede Regierungskonferenz der letzten 30 Jahre brachte für die europäische Einigung Fortschritte, wenn auch mitunter nicht gerade spektakuläre. So kam es 1972 zur Fusion der Organe, d.h. der Ministerräte und der Kommissionen von EGKS, EWG und Euratom. Das Europäische Parlament und der Gerichtshof waren demgegenüber schon von Anfang an für alle drei Institutionen zuständig. Zur Fusion der Verträge kam es jetzt allerdings nicht. Der EGKS-Vertrag ist inzwischen im Jahre 2002, also 50 Jahre nach seinem Inkrafttreten ausgelaufen; die verbliebenen Aufgaben werden jetzt im Rahmen des EG-Vertrages wahrgenommen.

Im Jahre 1979 kam es zur ersten Direktwahl des Europäischen Parlaments, dessen Abgeordnete vorher von den nationalen Parlamenten entsandt worden waren. Die Direktwahl war vor allem aus psychologischen Gründen sicher ein wichtiger Schritt zur Demokratisierung Europas.

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) von 1986 war dann die Grundlage zur Vollendung des Binnenmarktes, der sich durch seine Grundfreiheiten bzw. Grundfreizügigkeiten auszeichnet. Dazu heißt es in Art. 14 Abs. 2 EG „der Binnenmarkt umfasst einen Raum ohne Binnengrenzen, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital

(...) gewährleistet ist.“ Ein Unterfall der Personenfreizügigkeit ist die Niederlassungsfreiheit für Personen und Unternehmen.

Zur Verwirklichung des Binnenmarktes war es nicht nötig, die Rechtsordnungen zu harmonisieren. Natürlich haben Harmonisierungen den Vorteil, dass sie zu einheitlichen Verhältnissen führen. Auf die Frage, ob man harmonisieren soll, antworten daher viele mit ja. Doch dann wird es schwierig, denn bei der nächsten Frage, von welcher Rechtsordnung man ausgehen soll, gehen die Meinungen auseinander. Die Franzosen rufen natürlich, dass es die französische Rechtsordnung sein müsse. Die Italiener meinen, dass es nur die ihrige sein könne und die anderen Mitgliedsstaaten denken entsprechend genauso. Wenn man aber bedenkt, dass es im Hinblick auf das Recht mindestens vier verschiedene Denkweisen gibt, zeigt sich das Problem. In Großbritannien ist alles erlaubt, was nicht ausdrücklich verboten ist. In Deutschland ist alles verboten, was nicht ausdrücklich erlaubt ist. In den meisten der Beitrittsländer war 50 Jahre lang fast alles verboten, selbst das, was erlaubt war. In Italien dagegen ist wiederum alles erlaubt, selbst das, was verboten ist. Bei solchen Auffassungen kann man nicht leicht harmonisieren.

Es war übrigens der Europäische Gerichtshof, der bei diesem Dilemma zu Hilfe kam. Deutschland hatte seinerzeit den Cassis de Dijon untersagt. Cassis ist der schwarze Johannisbeersirup, den die Franzosen für ihr Nationalgetränk, den Kir, verwenden. Im Cassis ist 16-18% Alkohol enthalten. Deutschland hatte den Verkauf verboten mit der Begründung, dass es sich nicht um einen bloßen Sirup handle, weil er Alkohol enthalte. Er sei aber auch kein Johannisbeerlikör, weil dann nach deutschem Recht nicht nur 18% Alkohol enthalten sein müsse, sondern 36-40%. Der Gerichtshof meinte, dass man so keinen Binnenmarkt schaffen könne. Wenn ein Produkt in einem der Mitgliedsländer legal hergestellt und vermarktet werde, müsse es auch in den anderen Ländern zum Verkauf zulässig sein. So kam es zur „Deregulierung“ die besagt, dass eine

Harmonisierung nur nötig ist, wenn die Unterschiede so groß sind, dass sie zu Wettbewerbsverzerrungen oder zu Handelshemmnissen führen. Die Deregulierung ist also eine heilsame Methode gegen eine unerwünschte Gleichmacherei. Sie ist ein guter Beitrag für die Schönheit der Unterschiede, die Europa auszeichnen.

Selbst wenn harmonisiert wird, wird nicht unbedingt voll-harmonisiert. Statt einer vertikalen Harmonisierung wird mitunter nur horizontal harmonisiert. Was ist der Unterschied? Lassen Sie mich dies an einem Beispiel erläutern, an der Marmelade. Bei einer vertikalen Harmonisierung würde die Zusammensetzung des ganzen Produktes geregelt. Bei einer horizontalen betrifft die Regelung jedoch nur einige Zutaten und Inhaltsstoffe; die Regelung gilt dann aber im Hinblick auf die Stoffe auch für andere Produkte. Deshalb spricht man von einer horizontalen Harmonisierung. Als ich noch im Europäischen Parlament war, ging es einmal um die Harmonisierung der Bestimmungen für die Marmelade. Schon bei der Definition gab es enorme Probleme. Für die einen muss die Marmelade geleeartig sein, für andere müssen noch die Früchte erkennbar sein. Für einen Engländer gehören unbedingt bittere Orangenschalen dazu. Sie sehen, in einem solchen Fall kommt man mit einer vertikalen und damit vollen Harmonisierung nicht weit; man begnügt sich dann besser mit einer horizontalen. Im Übrigen muss man ja auch nicht alles harmonisieren. Die Deregulierung, also die Nicht-Regulierung führt zu liebenswerten Unterschieden. Durch den „Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung“ werden die Verschiedenheiten legitimiert. Allerdings dürfen sie nicht zu Wettbewerbsverzerrungen oder zu Handelshemmnissen einerseits führen, noch dürfen sie andererseits protektionistische Schutzmaßnahmen auslösen.

Doch zurück zum Werden Europas. Von besonderer Bedeutung wurde der sog. Maastrichter Vertrag. Vielfach werden die Vertragsänderungen nach dem jeweiligen Tagungsort der Regierungskonferenz benannt,



wie ja schon die Gründungsverträge nach der Stadt Rom benannt worden sind. Der Maastrichter Vertrag, der 1992 unterzeichnet worden ist, war ein sogenannter „Drei-Säulen-Vertrag“. Die erste Säule betraf die bisherigen Verträge, also das verflochtene Europa. Das Kriterium dieser Säule ist daher wie schon erwähnt die Integration. Die zweite Säule betraf die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)“. Wie der Name sagt, war (und ist) dies noch keine integrierte, sondern nur eine gemeinsame Politik, was weniger ist als eine einheitlich-europäische. Das Stichwort wäre insoweit die Koordination. Die dritte Säule betraf die – von der Wirkung her gesehen noch schwächere – „Zusammenarbeit in den Bereichen Justiz und Inneres“. Das entsprechende Kriterium ist also in diesem Falle die (bloße) Kooperation. Die letztgenannten zwei Säulen wurden im Unionsvertrag (EU) zusammengefasst; die erste Säule bildete und bildet den EG-Vertrag. Seit Maastricht wird daher auch von den Europäischen Gemeinschaften gesprochen und nicht mehr von der EWG. Das übergeordnete Dach ist jedoch die Europäische Union, die aber nicht identisch ist mit dem EU-Vertrag, der nur die zweite und dritte Säule betrifft. Diese Namensgebung ist für Außenstehende leicht verwirrend wie auch manches andere. Viele verwechseln z.B. den Europarat mit dem Europäischen Rat, also dem

Rat der Staats- und Regierungschefs der EU-Länder. Auch der Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften, wie der EuGH offiziell heißt, wird oft mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte gleichgesetzt, obwohl letzterer ein Gerichtshof des Europarates ist. Die lustigste Verwechslung erlebte einmal einer meiner Parlamentarier aus dem Europäischen Parlament. Er nahm an einer Festveranstaltung teil und der Bürgermeister des Ortes, der ihn begrüßen wollte, und der nicht mehr wusste, ob er dem Europarat oder dem Europäischen Parlament angehörte, begrüßte ihn kurzerhand als Mitglied des Europapokals. Dies ist sicher die höchste Stufe, die ein Parlamentarier erreichen kann.

Im Maastrichter Vertrag wurde auch der Grundstein für die Europäische Währung gelegt und – besonders wichtig – die Unionsbürgerschaft eingeführt, womit die Rechte der Bürger qualitativ erweitert worden sind.

Der 1997 in Amsterdam unterzeichnete Amsterdamer Vertrag hätte die institutionellen Probleme im Hinblick auf die Erweiterung lösen sollen. Er hat dies leider nicht erreicht. Positiv war nur, dass er den Bereich „Visa, Asyl, Einwanderung ...“ aus der dritten Säule in die erste übertragen und damit zu einer integrierten Politik gemacht hat. Der in der dritten Säule verbliebene Teil wurde deshalb in die

„... Polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen“ umgewandelt.

Parallel zu diesen Vertragsänderungen wurde das Schengener Abkommen geschlossen, aufgrund dessen wir uns nunmehr in den meisten der bisherigen EU-Länder frei und ohne Grenzkontrollen bewegen können. Mit dem Euro wurde inzwischen die einheitliche Währung eingeführt. Gerade die Abschaffung der Grenzkontrollen und die Tatsache, dass ich auf Reisen kein Geld mehr wechseln muss, sind die sichtbarsten Zeichen des Zusammenwachsens Europas. Alle Bürger schätzen diese Erleichterungen und wollen sie nicht mehr missen. Die Deutschen haben inzwischen auch den „Verlust“ der DM verkraftet. Sie haben immer befürchtet, die starke DM würde durch einen schwachen Euro ersetzt. Inzwischen sind es gerade die Deutschen, die den – ebenfalls in Maastricht beschlossenen – Stabilitätspakt massiv verletzen, und ich wollte nicht wissen, welchen Kurswert die DM aufgrund der schlechten Wirtschaftspolitik Deutschlands heute hätte. Ich würde sogar sagen, wir können froh sein, dass wir den Euro haben, auch wenn er einige Verteuerungen zur Folge hatte. Doch diese wurden nicht durch den Euro als solchen verursacht, sondern durch gewisse Gewerbetreibende, die die Umstellung der Währung zu Preiserhöhungen benützten.

Der am 1. Januar 2002 in Kraft getretene Vertrag von Nizza hat dann die noch offenen institutionellen Fragen gelöst. Er hat damit der EU allerdings einige Kuckuckseier ins Nest gelegt. Im Wesentlichen sind es zwei Fragen, die immer noch offen sind: Die Regelung der Mehrheitsentscheidungen im Rat und die Frage der Anzahl der EU-Kommissare.

Was die Stimmgewichtung im Rat anbelangt, so sieht der Nizzaer Vertrag zur Bestimmung der qualifizierten Mehrheit eine dreifache Mehrheit vor. Nötig ist zunächst eine Mindestzahl im Rat (nach der Erweiterung 232 der insgesamt 311 Stimmen). Zustimmung muss ferner die Mehrheit der Mitgliedsstaaten, bzw. wenn Beschlüsse auf Vorschlag der Kommission zu fassen sind, müssen es sogar zwei Drittel der Mitgliedstaaten sein. Außerdem kann

beantragt werden, dass festgestellt wird, dass die Mehrheit mindestens 62% der Gesamtbevölkerung der Union repräsentiert. Es versteht sich von selbst, dass diese Mehrheitsfindung ein kompliziertes Verfahren darstellt. Es kommt hinzu, dass die Verteilung der Stimmen im Rat weit von der Bevölkerungszahl der Länder abweicht. Die Stimmen schwanken zwischen 3 (für Malta) und 29 (für Deutschland, Großbritannien, Frankreich und Italien). Für Ungarn sind übrigens 12 Stimmen vorgesehen. Polen und Spanien – mit der Hälfte der Einwohnerzahl Deutschlands – bekommen je 27 Stimmen. Das dies zu einer Verzerrung des Stimmenwerts führt, ist offensichtlich. Zwar hat sich der „Grundsatz der nach oben abnehmenden Proportionalität“ bewährt und gibt den kleineren Ländern die Gewissheit, dass sie nicht „an die Wand gedrückt“ werden. Doch einigermaßen ausgewogen sollte das Verhältnis schon sein.

Um diese Problematik zu umgehen, sieht der Entwurf für die Europäische Verfassung ab 2009 nur noch eine – leicht feststellbare - doppelte Mehrheit vor, nämlich die Mehrheit der Mitgliedsstaaten bzw. zwei Drittel der Mitgliedsstaaten, wenn die Entscheidungen nicht auf Vorschlag der Kommission getroffen werden. Diese Mehrheit muss gleichzeitig mindestens drei Fünftel der Bevölkerung der Union repräsentieren. Vor allem Polen und Spanien opponieren natürlich gegen diese Regelung und wollen an der in Nizza vereinbarten Lösung festhalten. Es wäre schade, wenn die Verfassung an dieser Haltung scheitern sollte. Ich hoffe, dass ein zufriedenstellender Kompromiss gefunden wird.

Auch im Hinblick auf die Zahl der Kommissare gibt es noch keine Einigung. Ab 2005 soll jedes Land nur noch einen Kommissar bekommen, was eigentlich unstrittig ist. Das in Nizza angenommene Erweiterungsprotokoll sieht aber vor, dass dann, wenn die EU mehr als 27 Mitgliedsstaaten umfassen sollte, die Zahl der Kommissare „unter der Zahl der Mitgliedsstaaten“ liegen wird. Wie die Stellen der Kommissare dann auf die Mitglieder verteilt werden, ist nicht geregelt. Ob dies durch Los-

entscheid, durch eine Konsenslösung, oder durch russisches Roulette entschieden wird, ist also offen. Inzwischen wird vorgeschlagen, dass die nicht zum Zuge kommenden Länder sogenannte „Junior-Kommissare“ ohne Stimmrecht bekommen sollen. Da die kleineren Länder befürchten, dass sie davon betroffen sein werden, wollen sie natürlich, dass jedes Land einen Kommissar erhält. Dieses Problem ist sicher leichter zu lösen als das Vorige der Stimmgewichtung. Zwar ist es nicht gerade schön, wenn die Kommission, sagen wir, 30 Mitglieder hat, also mehr als eine nationale Regierung. Doch ist das eher zu verkraften als ein langer Streit. Dann teilt man halt, z.B. das Verkehrsressort auf und schafft einen Kommissar für den Güterverkehr, einen für den Luftverkehr, einen für Geisterfahrer usw.

Alle europapolitisch Engagierten „starren“ nun auf die kommende Europäische Verfassung. Ist sie nötig? Aus verfassungsrechtlichen Gründen sicher nicht, denn die bisherigen Verträge enthalten schon ausreichend viele Bestimmungen von verfassungsrechtlichem Rang oder von konstitutioneller Bedeutung. Doch zum Zwecke der besseren Identifikation mit Europa ist sie für unsere Bürger sicher sinnvoll. Dolf Sternberger sprach einmal vom Verfassungspatriotismus. Ob die Europäische Verfassung einen solchen erzeugen können wird, ist gewiss fraglich. Sie ist nämlich sehr umfangreich. Sie wird sich in vier Teile mit insgesamt 465 Artikeln gliedern. Dazu kommen noch 225 Artikel des Euratom Vertrages, den man eigentlich – so wie den EU- und EG-Vertrag – auch in den dritten Teil der Verfassung hätte übertragen müssen, was man jedoch nicht tat, um keine Debatte über die Kernenergie auszulösen. Der „normale“ Bürger wird den Verfassungstext wegen seines Umfangs nicht lesen und daher auch nicht kennen. Deshalb befürchte ich, dass er ihn ablehnt. Ein deutsches Sprichwort sagt drastisch: „Was der Bauer nicht kennt, das isst er nicht“. Als es um den Maastrichter Vertrag ging, sagte einmal ein Teilnehmer nach meinem Vortrag: „Also, ich weiß ja nicht, was im Maastrichter Vertrag drin steht, aber in jedem Fall bin ich dagegen“.

Solche Einstellungen sind leider die Realität und deshalb bin ich auch gegen ein Referendum über die Verfassung. Die größten Befürworter eines Volksentscheids sind ja diejenigen, die eigentlich gegen die Verfassung sind, obwohl sie dies nach außen nicht zugeben, sondern von der größeren und demokratischeren Legitimation reden, die ein angenommenes Referendum für die Verfassung und damit für Europa brächte.

Auch wenn die Verfassung nicht nötig wäre, bringt sie doch eine Reihe von Verbesserungen. Nicht nur die EG, sondern auch die EU wird Rechtspersönlichkeit besitzen (Art. I-6), so dass sie z.B. der Europäischen Menschenrechtskonvention beitreten kann. Der bislang nur vom EuGH postulierte Vorrang des europäischen Rechts gegenüber dem mitgliedsstaatlichen Recht wird nunmehr in Art. I-10 erstmals normativ festgeschrieben. Zwar fehlt ein Gottesbezug, dafür dankt man in der Präambel aber denen, die den Text ausgearbeitet haben, was sicher verfassungsrechtliches Neuland darstellt. Die (semantische) Klarstellung vieler Begriffe – so wird es künftig Europäisches Gesetz und Europäisches Rahmengesetz statt Verordnung bzw. Richtlinie heißen - die Abgrenzung der Kompetenzen sind sicher wertvoll. Auch der Grundsatz der „partizipatorischen Demokratie“ ist neu. Nach Art. I-46 Abs. 4 können „eine Million Bürgerinnen und Bürger aus einer erheblichen Zahl von Mitgliedsstaaten“ die Kommission auffordern, initiativ zu werden. Ob eine solch große Zahl jemals zustandekommen wird, steht allerdings in den Sternen. Positiv ist auch, dass der Ratsvorsitz nicht mehr alle sechs Monate wechselt, sondern dass der Präsident des Europäischen Rates künftig auf zweieinhalb Jahre – mit der Möglichkeit der einmaligen Wiederwahl – gewählt wird (Art. I-21 Abs. 1). Allerdings darf er nach Art. I-21 Abs.3 „kein einzelstaatliches Amt“ innehaben. Er darf also nicht wie bisher gleichzeitig Ministerpräsident oder Minister eines Landes sein. Ich kann mir kaum jemanden vorstellen, der ein solches Amt aufgibt, um für zweieinhalb Jahre Staatspräsident zu werden. Also wird das wohl ein alter, abservierter

Politiker, der sich vor seinem Staatsbegräbnis noch für zweieinhalb Jahre eine schöne Zeit machen darf. Doch ist das für niemanden gefährlich. Vorgesehen wird in Art. I-27 auch ein Außenminister der Union. Mir wäre es allerdings lieber, es gäbe wirklich schon eine europäische Außenpolitik, die wichtiger wäre als ein Außenminister. Ohne eine echte europäische Außenpolitik wird dieser Minister nur ein Cocktail-Minister, der auf Empfängen herumsteht. Er soll nach Art. I-27 Abs. 3 auch zugleich Vize-Präsident der Europäischen Kommission werden. Ob dies sinnvoll ist, da habe ich meine Zweifel. Er dürfte durch diesen Doppel-Hut und durch seine dazu kommende Verflechtung mit dem Rat eher dem Kommissionspräsidenten das Leben schwer machen. Das wissen wir noch aus der römischen Geschichte mit den beiden Konsuln, von denen jeder dem anderen nach dem Leben trachtete. Manchmal hatten sie sogar Erfolg. Eine weitere Neuerung ist dagegen sehr zu begrüßen. Nach Art. I-59 soll künftig ein freiwilliger Austritt aus der Union möglich sein. Ich würde mir wünschen, dass möglichst viele davon Gebrauch machen, denn den ständigen Nörglern würde man keine Träne nachweinen. Allerdings müsste man an diese Bestimmung noch einen Absatz mit dem Inhalt anfügen, dass ein Wiedereintritt frühestens nach 30 Jahren wieder möglich ist; Europa verkauft sich in meinen Augen fast zu billig.

Es bleibt nun zu hoffen, dass die Verfassung bald angenommen werden wird. Dies ist vor allem schon wegen ihres zweiten Teils wichtig, in dem die 54 Artikel der Charta der Grundrechte aufgelistet sind. Die Rechte der Bürger sind entscheidender als die institutionellen Regelungen der Organe.

Der Blick, den wir auf das Werden der Europäischen Union geworfen haben, zeigt, dass die Entwicklung pragmatisch verlief. Dies verhalf ihr zu den Erfolgen und so sollte es auch weitergehen. Es wäre daher verhängnisvoll, wenn gesagt würde, jetzt haben wir die Verfassung und an der ändern wir in den nächsten Jahren nichts mehr. Einige würden dies sicher gerne so wollen, doch muss der dynamische

Prozess der Entwicklung Europas zu einem staatsgleichen Gebilde – wenn auch mit limitierten Zuständigkeiten – fortgesetzt werden. Bis zum Jahre 2025 ist also noch einiges zu tun. Aber nur mit und durch Europa werden wir den Herausforderungen der Zukunft gewachsen sein. Die Nationalstaaten sind zur Lösung der künftigen großen Aufgaben allein nicht mehr im Stande. Die Globalisierung können wir nur gemeinsam in den Griff bekommen und die Bekämpfung des Terrorismus ebenso. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist nur durch gemeinsame Anstrengungen zu lösen. Der Umweltschutz, die neuen Technologien, die Entwicklungspolitik und die Migration großer Bevölkerungsgruppen erfordern grenzüberschreitende und gemeinsame Entscheidungen.

Dieses künftige Europa, also auch das Europa des Jahres 2025, wird sich gegen niemanden richten und nicht von der Welt abschotten. Aber es wird von einer Größe sein, dass es seine eigene Politik wird machen können. Oder anders ausgedrückt: Gegen Europa wird die Welt keine Politik mehr machen können. Wir haben doch nach dem Krieg 50 Jahre lang nur auf das reagieren können, was Amerika und die Sowjetunion „ausgeheckt“ hatten. Jetzt und künftig können wir auf Grund unserer Größe eine eigenständige Politik betreiben, die uns allen zugute kommen wird.

Es gilt nun, die Europa zugrunde liegenden Werte zu verwirklichen. Aus gutem Grund wird in der kommenden Verfassung die Würde des Menschen an oberer Stelle genannt und in der Charta der Grundrechte sogar an erster. Das Recht auf Leben, die Gleichheit und vor allem die Freiheit und die demokratischen Rechte kommen hinzu. Europa ist also eine Friedensgemeinschaft, eine Rechtsgemeinschaft und eine Wertegemeinschaft.

Europa wird „in Vielfalt geeint“ sein, wie es in der Präambel des Verfassungsentwurfs lautet. Dies bedeutet, dass die nationalen Identitäten und die sprachliche Vielfalt gewahrt werden, wie es in den Art. I-3 und I-4 heißt. Die sprachliche und die kulturelle Vielheit machen das Schöne an Europa aus.

Niemand will Europa zu einem Einheitsstaat mit einer einzigen oder mit nur wenigen Amtssprachen entwickeln. Jedes Volk und jede Sprache ist gleichwertig und gleichberechtigt. Dass dies „technische“ Probleme mit sich bringen wird, steht auf einem anderen Blatt. Bislang werden in Europa 11 offizielle Amtssprachen gesprochen. Nach der Erweiterung werden es 20 sein. Von den 10 Beitrittsländern werden neun eine zusätzliche Sprache „mitbringen“. Wenn Zypern sich vereinigen sollte, werden es mit dem Türkischen sogar 10 sein. Wenn sich das bisherige Europa mit beiden Amerikas zusammengeschlossen hätte, wären rd. 800 Millionen Einwohner ohne eine einzige weitere Sprache hinzugekommen. Jetzt bringen etwa 80 Millionen neun oder gar zehn Sprachen mit. Dies wird zwar zu einem weiteren kulturellen Reichtum führen aber für die Übersetzungen wird es schwierig. Für sie bedeuten 20 Amtssprachen 20 x 19 also 380 mögliche Sprachkombinationen. Es wird also kaum mehr möglich sein, aus jeder Sprache direkt in alle anderen Sprachen zu übersetzen. Sie werden schon jetzt kaum einen Dolmetscher finden, der direkt vom Finnischen ins Griechische übersetzen kann. Ein solcher wäre auch nicht beim Staat, sondern in der Wirtschaft tätig. Deshalb wird künftig über Relais-Sprachen (langues pivot) übersetzt, was bedeutet, dass sich z.B. der griechische Dolmetscher zuerst die englische oder deutsche Übersetzung aus dem Estnischen oder Slowenischen anhört und von dieser dann in seine Muttersprache übersetzen wird. Damit ist natürlich ein gewisses Risiko verbunden. Wir kennen das noch von unseren Kinderspielen her, bei denen der eine dem anderen etwas ins Ohr flüstern musste, der es dann einem Dritten weiter sagte usw. usw. Am Ende kam natürlich genau das Gegenteil des Erstgesagten heraus. Auch beim Redner kann diese Methode zu Verwirrungen führen. Macht man einen Witz, dann lachen zuerst die Deutschen bzw. der Teil von ihnen, der ihn verstanden hat. Zwei Minuten später lachen dann die Engländer und weitere drei Minuten danach, wenn man vielleicht bereits etwas Trauriges gesagt hat, lachen die Griechen oder

Portugiesen hell auf. Dieses sog. Kaskadenlachen kann einen Redner ganz gewaltig durcheinander bringen. Nun, damit kann man leben, und ich sehe auch keine andere Lösung. Natürlich geht die Tendenz in Richtung Englisch. Ich habe einmal einem britischen Kollegen gesagt, dass die Briten immer vom Schicksal begünstigt seien und dass Englisch langsam die bevorzugte Europasprache würde. Er antwortete mir: „Ich kann Dich beruhigen, nicht Englisch wird Europasprache, sondern allenfalls schlechtes Englisch“. Dies mag den Deutschen, die ihre Sprache durch die neue Rechtsschreibereform verschlechtern, ein gewisser Trost sein. Auch Esperanto dürfte sich nicht durchsetzen, obwohl es den Vorteil hätte, dass es niemand als Muttersprache hätte und deshalb auch nicht privilegiert wäre. Meine Frau als Lateinlehrerin schlägt natürlich Latein vor. Doch wenn ich an meine alten Schulnoten denke, bin ich kein Befürworter dieses Vorschlags.

Auch wenn das Übersetzen teurer wird und zur Verlangsamung der Entscheidungsprozesse führen wird, ist an allen Sprachen festzuhalten. Wer nicht in seiner Muttersprache reden könnte, wäre in diesem Europa nicht zu Hause. Doch wir sind eine Familie, in der alle gleichberechtigt sein müssen. Nur so wird Europa Bestand haben. Es darf nicht zu einer seelenlosen Zweckgemeinschaft zur Lösung einiger politischer Probleme mutieren und schon gar nicht zu einer bloßen Freihandelszone herabsinken. Nur in einer Wertegemeinschaft, zu der die geistigen und kulturellen Werte sowie die Sprachen gehören, können die Völker Europas so zusammen wachsen, dass der Friede garantiert werden kann. Zu Recht heißt es in der Europahymne, in Beethovens herrlicher Vertonung der Schillerschen Ode an die Freude: Alle Menschen werden Brüder. Dies ist es, worauf es in Europa ankommt und dazu gibt es keine Alternative. Europa heißt also nicht nur Frieden, sondern auch Freude. Doch mit dieser Feststellung schweife ich eigentlich vom Thema ab, denn dies ist keine Vision, sondern eine Realität. Und zwar nicht erst für das Jahr 2025, sondern schon heute und für aller Zeit.

**Prof. Dr. h. c.  
Hans-Peter  
Niedermeier**

**EUROPA IM  
JAHRE 2010:  
EUROPA IST VIEL  
MEHR ALS  
DIE EUROPÄISCHE  
UNION**



**I**n Deutschland gibt es jetzt schon mehr und mehr Bürger, die die Frage beantwortet haben wollen: Was ist eigentlich Europa? Nicht zuletzt wird diese Frage vor dem Hintergrund der EU-Beitrittsabsichten der Türkei gestellt. Ich verstehe, daß viele besorgte Bürger sich diese Frage stellen und bei der Gesamtanalyse, „Was bringt uns Europa?“, dieses Europa einer sehr kritischen Analyse unterziehen. Dabei gibt es m.E. einen Hauptgrund für die sehr kritische Sichtweise: Es ist immer noch eine unbeantwortete Frage, welche politischen Ziele dem europäischen Einigungsprozeß unterlegt sind, wenn die Vertiefung und Erweiterung nach Osten mehr sein soll, als die Schaffung einer vergrößerten Wirtschaftsgemeinschaft. Eines sollte klar sein: Wir haben eine Union von Staaten, deren politische wie wirtschaftliche Stabilität teilweise auf eher schwankenden Fundament steht. Dies trifft im Grundsatz für die bisherigen EU-Staaten in gleicher Weise zu, wie auf die neuen EU-Staaten. Gerade durch diese Tatsache bleibt es weiterhin ungewiß, ob alle Nationen der bisherigen Union genauso wie die neuen EU-Staaten zu einem, die Nationen übergreifenden, ordnungspolitischen Konsens im Stande und willens sind. Dieser Konsens wäre m.E. aber dringend nötig, um den Anforderungen der globalen Veränderungen des Wettbewerbs der Standorte weltweit gewachsen zu sein.

Europa wird in den meisten EU-Staaten zunehmend unpopulärer werden Europa - genauer - der europäische Einigungs- und

Erweiterungsprozeß wird in den allermeisten EU-Ländern bei der Bevölkerung an Glanz verlieren und zunehmend unpopulärer werden. Viele nationale Wahlen in europäischen Staaten werden in den nächsten Jahren zeigen, daß eine populistische Europapolitik oder eine Anti-Europapolitik für viele Wähler gefährliche Versuchungen darstellen werden, insbesondere, wenn Europa eine simple Erklärung für alle Probleme hergibt. Man wird im Jahre 2010 bereits feststellen werden, daß gerade die Europapolitik trotz vielfältiger Pseudoaktivitäten in einer Stagnationsphase sein wird. Die Regierungen werden spüren, daß ihre Völker dem dann bereits weitgehend abgeschlossenen Projekt der umfangreichen Integration und der zusätzlichen Erweiterung mit Skepsis begegnen. Die politische Union wird sich vielleicht in einer tiefgreifenden Stagnationsphase befinden.

**Was könnten die Ursachen der Stagnation sein?**

Alle Staaten werden selbst von einem tiefgreifenden Strukturwandel erfaßt sein und somit stark auf sich selbst und die eigenen Probleme fixiert. Ein Problem, das wir jetzt schon in vielen EU-Staaten feststellen. Europa wird für viele Probleme aber auch zunehmend als Ursache benannt und damit zum Sündenbock gestempelt und damit zwangsläufig unpopulärer. Diese Schuldzuweisung dürfte manchmal gerechtfertigt sein, manchmal jedoch auch nicht. Was sind die Risiken, wenn es zu keinem wesentlichen Fortschritt in der Kooperation

der europäischen Staaten und zu keinen wesentlichen Fortschritten in der politischen Union kommen sollte?

### **1.) Verunsicherung bei den neuen EU-Staaten sowie im Rest Europas**

Die EU war für viele Völker in Mittel- und Osteuropa lange Zeit das Hoffnungszeichen für Stabilität, Freiheit und Sicherheit. Gerade diese Staaten würden durch den Stillstand in Europa verunsichert. Die politische und wirtschaftliche Realität im Europa des Jahres 2010 wird viele Bürger in den neuen EU-Staaten desillusionieren. Und sie wird die Politiker und Bürger in den Staaten des Europas vor den Toren der EU verunsichern. Und hier sehe ich eine weitere Gefahr für die EU: Wenn sie sich in den nächsten Jahren zu sehr mit den schwierigen Problemen des EU- Innenlebens beschäftigen muß, fehlt ihr die Energie, sich mit den Staaten in einer fairen und engagierten Weise zu beschäftigen. die sich vor den Toren der EU befinden.

Selbst wenn für viele dieser Staaten, in den nächsten Jahren die EU- Mitgliedschaft offensichtlich nicht vorgesehen ist, ist eine engere Kooperation mit der EU um so wichtiger. Gerade eine intensivierete Zusammenarbeit, verbunden mit der gemeinsamen Zukunftsperspektive EU-Mitgliedschaft, kann ein wesentlicher Faktor des Ansporns und der Ermutigung sein und wird auch die Stabilität in der Entwicklung dieser Völker unterstützen. Denn bei einem bin ich sicher: Wenn die Staaten der EU ihre östlichen Nachbarn enttäuschen und ihnen die erhoffte Hilfe zur Selbsthilfe nicht gewähren, kann dies zu einer ernstesten Bedrohung für den ganzen Kontinent führen. Vieles spricht für die These von Vaclav Havel: „Wenn es dem Westen nicht gelingt, den Osten zu stabilisieren, wird es dazu kommen, daß der Osten den Westen destabilisiert.“ Das Haus Europa hat nur eine gute Zukunft, wenn es in den nächsten 10 Jahren tatsächlich gelingt, den Ost- und den Westflügel dieses Gebäudes immer weiter miteinander zu verbinden.

Der Westflügel kann nicht komfortabel bleiben, wenn man nicht tatkräftig dazu beiträgt, daß die Bau- und Renovierungsmaßnah-

men im Ostflügel schnell, rationell und zukunftsorientiert vollzogen werden. Darüber hinaus wird auch der Westflügel des EU-Hauses dringende und kostenintensive Renovierungsarbeiten zu erledigen haben: Dies gilt sowohl für den Bereich der Politik und der Demokratie, wie auch für den wirtschaftlichen Bereich. Es ist schon eine berechnete Frage: Sind die Regierungen der EU-Staaten so klug und denken sie so langfristig, daß sie diese Renovierungsarbeiten auch mit der nötigen Tatkraft angehen. Darüber hinaus ist auch noch die Frage zu beantworten, ob es den Regierungen gelingt, ihre jeweilige Bevölkerung von der Notwendigkeit dieser Massnahmen zu überzeugen.

### **2.) Wenn die Europäer nicht enger zusammenrücken, wird Europa bald ihre prägende Rolle in der Welt mehr und mehr verlieren.**

Ohne ein politischer Visionär zu sein, behaupte ich: Nordamerika ist und bleibt ein wichtiges Machtzentrum. Aber auch in Asien und Südamerika werden sich neue Kraftfelder bilden. Wenn wir heute noch von einer Triade sprechen, dem Kräfterdreieck USA, Europa und Asien, so kann dies in einigen Jahren ganz anders aussehen. Dann können sich die wirtschafts- und weltpolitischen Machtbereiche ganz neu formiert haben. Es ist Fakt, daß Europa mit seinem Denken und Handeln den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt weltweit maßgeblich mitgeprägt hat und sowohl Rechtssysteme, politische, soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklungen stark beeinflusst hat. Wenn Europa nicht aufpaßt, steht dieser, unser Kontinent, in einigen Jahren nur noch am Rande und muß zusehen, wie Amerika und Asien die entscheidenden Vorgaben entwickeln. Dazu kommt, daß die rasante Globalisierung in der Wirtschaft, aber auch die Internationalisierung in anderen Bereichen, z.B. auf dem Feld von Bildung und Wissenschaft in den letzten Jahren eine ungeheure Dynamik bekommen haben, die weiter anhalten wird. Wir sind in einer völlig neuen Dimension des Wettbewerbs der Gesellschaftsordnungen und Systeme. Die Sozialstaaten Europas müssen

sich gegenüber Herausforderern aus anderen Kontinenten behaupten. In den Verhandlungen über die zukünftige Gestaltung des Welthandels werden wir die für uns wichtigen Maßstäbe und Kriterien - z.B. sozialer Ausgleich und Umweltschutz- nur behaupten können, wenn die Europäer in diesen Fragen zu einer tragfähigen Gemeinsamkeit gelangen. Es ist Tatsache: Die Sozialstaaten Europas werden jetzt bereits von Marktwirtschaften (v.a. Asiens und Lateinamerikas) herausgefordert, die ohne die hohen Kosten unserer Sozialpolitik, Umweltpolitik und auch unbehindert durch notwendige, sinnvolle, aber leider auch schwerfällige Entscheidungsprozesse einer parlamentarischen Demokratie handeln können. Eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten, eine Kooperation zwischen den EU-Staaten und den europäischen Nicht-EU-Ländern ist das einzige langfristig sinnvolle Gegenmittel.

**3.) Der europäische Zentralismus:  
Die größte Gefahr für eine gute Entwicklung in Europa**

Möchte man in die Zukunft blicken, tut man gut daran, auch einen Blick zurück zu werfen: Die Ergebnisse der EU-Gipfel in den letzten Jahren sind aus meiner Sicht sehr genau zu analysieren. Die EU-Regierungschefs kündigten dabei häufig an, sie wollen die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen. Dies ist zwar ein Ziel, das grundsätzlich in Ordnung ist. Der Weg dorthin, erscheint mir jedoch, falsch zu sein. Die Weichen werden nämlich hin zu mehr Zentralismus gestellt. Die EU-Kommission zieht

ganz offensichtlich immer mehr Kompetenzen an sich. Sie wird zunehmend auf Gebieten tätig, für die sie nicht zuständig ist, sondern die Mitgliedsstaaten und Regionen. Nach der Phase der Stagnation wird möglicherweise eine Phase kommen, die von der EU-Kommission massiv gefördert werden wird: Die Entwicklung hin zu einem zentralistischen Europa. Künftig kann die EU evtl. in nahezu allen Politikfeldern tätig werden, auch in solchen, in denen sie bislang gar keine Zuständigkeit besaß (Kultur-Bildungspolitik, Sozialpolitik). Politik in Europa könnte künftig so aussehen: Der Europäische Rat macht den Mitgliedsstaaten zentrale, verbindliche Vorgaben, etwa in der Wirtschafts-, Sozial-oder Bildungspolitik. Die Mitgliedsstaaten müssen diese erfüllen. Die Ergebnisse werden von der EU-Kommission kontrolliert.

Dies ist aber, m.E. der falsche Weg. Das richtige ordnungspolitische Modell, um den Herausforderungen der Globalisierung begegnen zu können, ist der gesunde Wettbewerb in Europa um die erfolgreichste Wirtschafts- Forschungs, Bildungs- und Sozialpolitik. Beschäftigung und Wachstum können nicht einfach beschlossen werden. Nur bei optimalen Standortbedingungen wird investiert, entstehen Arbeitsplätze. Diese Rahmenbedingungen zu schaffen, ist v.a. nationale und regionale Aufgabe. Hier stehen die Nationen und die Regionen im Wettbewerb. Zentralismus ist im globalen Wettbewerb kontraproduktiv. Er führt zu Gleichmacherei und europäischem Mittelmaß.



## Zoltán Aranyos

### ERBE UND ZUKUNFT – RELIGION IM 21. JAHRHUNDERT

#### EINLEITUNG – VORBEMERKUNGEN

1.) Über Religion möchte und werde ich nicht in allgemeinem Sinne, etwa fenomenologisch sprechen, sondern über die Lage der christlichen Kirche und der Christenheit. Ich meine das als eine Situationsanalyse: wie sich diese Lage gestaltet.

2.) Das tue ich nicht aus dem Aspekt der Religionssoziologie, sondern aus dem Aspekt der evangelischen, protestantischen theologischen Denkweise.

3.) Was ich letzten Endes in aller Kürze versuchen kann, ist -aufgrund bestimmter Prämissen, mit Hilfe einiger Überlegungen- einen Blick nach vorwärts werfen: auf Fragen, Probleme, die vor uns liegen und auf uns warten. Kurz: wie das christliche Erbe -inhaltlich und nicht einfach nur als äußerliche Tradition- theologisch und in der Praxis, in einem neuen Zeitalter, unter veränderten Verhältnissen, angesichts neuer Herausforderungen zur Geltung kommen kann und sollte.

4.) Dabei möchte ich versuchen, mich nicht mit dem organisatorischen Aspekt, mit den Techniken etwa, wie z.B. Finanzen, Verwaltung, Personalfragen, mit äußerem Bild der Kirchen, mit eventuellen liturgischen Veränderungen usw., sondern mit dem inhaltlichen Aspekt des Themas zu beschäftigen.

5.) Es gibt auch besondere Probleme der (verschiedenen) Kirchen, die gelöst werden sollen, die aber jetzt und hier nicht ausführlicher erörtert werden können:

a/ Durch die Überbetonung des Dialogs darf die Mission nicht vergessen werden.

b/ Die Frage der Homosexualität, d.h. genauer die Seelsorge der Homosexuellen in der Kirche.

c/ Die Katholische Kirche wird spezifische, spezielle Herausforderungen haben,



die in steigendem Maße, dringend die Lösung fordern, wie z.B. Familienplanung und Zölibat, Ordination der Frau (auch für die Orthodoxie), Unfehlbarkeit des Papstes.

d/ Letzteres führt über zur ökumenischen Problematik zwischen Katholizismus und Protestantismus. Hier sind die wichtigen Probleme: die Verehrung und die Mittlerrolle der Heiligen, Rechtfertigungslehre, Interkommunion, Ecclesiologie.

6.) Wenn wir aber auch größere, globale Zusammenhänge in Betracht ziehen wollen, sollen wir fragen: Was ist charakteristisch für die Welt und Zeit, in der wir im 21. Jahrhundert überhaupt leben, in der auch Europa auf dem Globus lebt. Das Bild ist nicht sehr schön. Die Sachen sind selten eindeutig. Sie haben oft ihre positiven und negativen Seiten.

Als erstes Merkmal kann man die Globalisierung nennen: die zusammenpressende Schrumpfung der Welt, die auf der anderen Seite eine globale Erweiterung ist.

Der Abgrund ist immer tiefer und die Spannung wird immer unerträglicher zwischen Armut, Elend, Hunger und Wohlstand. Die reichen und beneideten Sozialstaaten haben in letzter Zeit auch ihre wirtschaftlichen, sozialen, gesellschaftlichen Probleme (wie z.B. auch Deutschland). Finanzmächte, Multis, internationale Unternehmen (manchmal auch kriminelle) sind nicht selten stärker als Regierungen und Staaten. Die Gewalt, Diktatur, Brutalität, rücksichtslose, gnadenlose Unmenschlichkeit wächst in der Welt – in der Wirtschaft, in sonstigen Beziehungen unter den Völkern, Staaten, Nationen, aber auch inner-

halb einer Gesellschaft – wenn nicht direkt und offen mit Waffen, dann durch Druck der Interessen des Stärkeren. Aber oft auch offen und mit Waffen in (lokalen) Kriegen und im Terrorismus und im – sonst berechtigten – Kampf gegen den Terrorismus. Wobei man nicht vergessen dürfte, daß Terrorismus rückblickend – unter Umständen – auch als Freiheits- und Befreiungskampf qualifiziert werden kann. Die Erfahrungen der letzteren Zeiten zeigen, daß wir mit diesen Erscheinungen und Faktoren des menschlichen Zusammenlebens in unserer immer kleiner werdenden Welt eventuell langfristig rechnen müssen.

Es gibt aber auch noch andere große und wichtige Fragen. Wie gestalten sich die Kräfteverhältnisse in der neuen Situation nach dem kalten Krieg? Was für eine Rolle spielt die EU, die gerade in einigen Tagen erweitert wird, im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten? Bleiben sie Partner, oder werden sie Gegner sein? Was für eine Rolle spielt China, Japan, Asien und Afrika überhaupt? Was bringt die Zivilisation, die weitere Entwicklung der Wissenschaft und Technik, des menschlichen Könnens mit sich: Glück, Segen, oder Fluch? Kann die Weltverschmutzung gestoppt werden, oder wird die Welt durch das Interesse der industriellen Großmächte weiter vergiftet werden? Was für Folgen hat der Druck der Produktion der Konsumgesellschaft, wodurch die Güter, Reserven, Rohstoffe der Welt leichtsinnig verschwendet werden, während die größere Hälfte der Menschheit hungert? Wie antworten die Völker, die Kirchen und Religionen auf die Probleme, die im Generalthema der Ersten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Basel im Jahre 1989 nach Pfingsten formuliert und aufgeworfen wurde: „Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ (veranstaltet von der Konferenz der Europäischen Kirchen und vom Rat der Katholischen Bischofskonferenzen in Europa).

Ein besonders großes Problem und eine Herausforderung ist der Islam: einerseits als Religion (vor allem für die Christen und in Europa), andererseits als mißbrauchte Religion, als Ideologie für einen militanten Terrorismus

und Gefahr für die ganze Welt. Dieses Thema soll später extra erörtert werden.

Das sind etwa Fakten und Fragen, die uns beschäftigen werden und sollen, in der vor uns liegenden Zeit. Es ist eine gemeinsame Aufgabe, diese Fragen zu beantworten, die Probleme zu lösen, wozu auch die Christen, Kirchen und Religionen ihren Beitrag zu leisten haben.

## **I.) DIE GEISTIGE UND GEISTLICHE SITUATION IN EUROPA**

1. In einigen Tagen wird die EU durch Beitritt von 10 neuen Mitgliedsstaaten erweitert. Einerseits bedeutet das Hoffnung auf die Erleichterung des Zusammenlebens in Europa. Sicher bleiben aber auch ungelöste, Jahrhundert alte Probleme, Spannungen weiter ungelöst da: Gegensätze zwischen Völkern, Nationen – zum Teil auch konfessioneller Natur und von Konfessionen verursacht – und sicherlich entstehen auch neue Herausforderungen.

Für die ganze christliche Welt, aber besonders für das erweiterte Europa ist die Sekularisation bestimmend. Die lange Epoche, die von dem 4. Jahrhundert andauerte, wo das Christentum Staatsreligion wurde, und mit dem Namen von Kaiser Konstantin dem Großen gekennzeichnet war, ist zu Ende. Das konstantinische Zeitalter ist vorbei. Das bedeutet, daß die Menschen im Prozeß der Sekularisation die Volkskirche (die vor allem und besonders für Europa und teilweise auch für Amerika, aber in einer sehr veränderten Form, charakteristisch war und zum Teil -obwohl im Verschwinden- auch heute noch typisch ist) massenhaft verlassen.

Dies ist ein langer Prozeß, dauert mehr als hundert Jahre an, intensiv ist er im vorigen 20. Jahrhundert geworden (gar nicht zu verwechseln mit den für Deutschland so typischen Kirchenaustritten). Die traditionelle Volkskirche schrumpft und verliert ihren Einfluß in der Gesellschaft. Selbst die bekannten „Dienstleistungen“ der Kirche (Taufe, Konfirmation, Trauung, Beerdigung) werden immer weniger und immer formaler, aus Tradition in Anspruch genommen.

Der holländische Ökumeniker Johannes

Hoekendijk hat vor mehr als 30 Jahren gesagt, daß mit dem Traditionsbruch zu rechnen ist und daß der Weg der Kirche in eine Minderheits-situation und Minderheitsrolle führt.

Harvey Cox formulierte die Prognose der Religionssoziologie in den siebziger Jahren für die moderne Gesellschaft der Zukunft folgendermaßen: „Stadt ohne Gott“. Etwas (10 Jahre) später lautete es milder: „Religion in a Secular City“.

Konrad Raiser, der deutsche evangelische Theologe, welcher lange Zeit Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen (Ecumenical Council of Churches) gewesen ist, hat es bei seinem Ausscheiden (2003) so formuliert: „die Träumerei über die Hegemonie der Christenheit ist zu Ende“.

Nun ist es kein Wunder, daß das Präambulum der Verfassung der Europäischen Union – obwohl es eine Reihe nachdrücklicher Interventionen gegeben hat – bloß „das religiöse und kulturelle Erbe“, erwähnt belanglos, aber nicht die christliche Prägung Europas betont. Obwohl es nicht wegzuleugnen ist, was Manfred Kock, der frühere rheinische Präses und Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) sagte: die Überlieferung unserer Tradition ist von dieser christlichen Kultur geprägt.

Im Artikel 51 (im Entwurf) der Verfassung wird festgestellt:

a/ Die Union will den Rechtsstatus der Kirchen und der religiösen Organisationen in den Mitgliedsstaaten als nationalen Status Quo unverändert lassen.

b/ Dasselbe gilt auch für Organisationen verschiedener Weltanschauungen.

c/ Die Union will die Identität und den besonderen Beitrag dieser Kirchen und Organisationen anerkennen und mit ihnen einen offenen und regelmäßigen Dialog führen.

Das ist alles in der Verfassung der EU über Religion und Kirche. – Über Christentum kein Wort. – Das ist eher wenig als genug.

2.) Ferner ist damit zu rechnen, daß sich der Werteverlust in der Gesellschaft fortsetzt – geistig und geistlich – aber nicht alleine religiöse geistliche Werte, sondern z.B. wie:

Familie, Ehe, Liebe, Ehrlichkeit, Solidarität, Subsidiarität, Rücksicht, soziales Gefühl, usw. und neue ethische, moralische Probleme, Fragen kommen hinzu, wie z.B. Euthanasie, Gentechnik und Genmanipulation, Klonen, usw. Das Wertechaos steigt.

Eine widersprüchliche Erscheinung ist und wird wahrscheinlich in immer größerem Maße zu beobachten sein. Während die Sekularisation vor allem die großen, traditionellen Kirchen (wie z.B. katholische, lutherische, reformierte) tangiert, wächst andererseits das religiöse Interesse. Das hängt zum Teil damit zusammen, daß nach dem großen naturwissenschaftlichen Optimismus und Enthusiasmus und nach dem unerhörten und fantastischen Fortschritt auf diesem Gebiet im vorigigen Jahrhundert, doch grundsätzliche existentielle Fragen und Probleme, wie Leben und Tod, Anfang und Ende, Sinn des Lebens, wer der Mensch ist, usw. ungelöst, ohne Antwort geblieben sind. Und das verursachte eine bestimmte Enttäuschung. Nun sucht man weiter jenseits und versucht transzendente Antworten und Aufklärung zu bekommen. In letzter Zeit gibt es ja auch ein ziemlich reiches Angebot an Religionen. Das sind z.T. alte östliche Religionen, allerdings in Europa neu und fremd. Es sind welche, die aber nicht nur neu und fremd sind, sondern auch gefährlich, man könnte die Meinung riskieren, gesellschaftlich und menschlich schädlich (manche sind verboten). Es sind z.T. nicht einmal Religionen im wahrsten Sinne des Wortes, sondern unterschiedliche Bewegungen, getarnte wirtschaftliche Unternehmen, die -oft selbst als Mittel- die Gehirnwäsche zum Ziel haben, wodurch der Mensch willenlos, Sklave und abhängig gemacht wird. Die Konkurrenz, die Verlockung und Versuchung ist groß, denn sie sind neu, versprechen viel und sind nicht belastet durch die geschichtlichen Kompromittierungen, Fehler, Versagen, Enttäuschungen, Schäden und Abnutzungen wie die großen traditionellen christlichen Kirchen.

3.) Ein besonderes Problem des 21. Jahrhunderts ist der Islam in einem doppelten, zweifachen Sinne: als Religion und als Heraus-

forderung. Einerseits als eine (Welt) Religion, vor allem für die Christen und in Europa. Andererseits als eine mißbrauchte Religion, als Ideologie des Terrorismus, für die ganze Welt. Eine ganz spezifische Sache ist aber der Islam in einigen Ländern, als Staatsreligion. In Europa hat der Islam bemerkenswerte Bedeutung vor allem in Frankreich, Deutschland und England – zum Teil wegen der großen Anzahl, zum Teil wegen der Tendenz der Entwicklung.

Im Januar 2004. fand auf Malta eine Weltkonferenz statt. Das Generalthema war: „Leidende Kirche“. Verblüffende Fakten und Informationen wurden veröffentlicht. Die Bevölkerung der Erde macht etwa 6 Milliarden Menschen aus. Mehr als die Hälfte der Menschheit lebt auf Gebieten, wo der Christ in Lebensgefahr ist, weil er ein Christ ist. Das tangiert etwa 200 Millionen Christen. Jährlich sterben etwa 180-350-tausend Christen nur, weil sie Christen sind. Ganz besonders gefährdet sind Christen in bestimmten Ländern in Afrika und Asien, u.a. im Süd-Sudan, in Ost-Indonesien, in Pakistan, in Nord-Korea, Vietnam, Burma, Saudi-Arabien. Lord David Alton hat über das Problem ein Buch geschrieben (D. Alton with Michele Lombardo: Passion and Pain: The Suffering Church Today, Jubilee Campaign 2003.). Der Sudan ist das größte Land Afrikas, wo der Islam Staatsreligion ist. Von diesem Land gibt es die meisten Nachrichten über die Verletzung der Menschenrechte und über Verfolgung der Christen. Die Nationale Islamfront hat in 1989 den heiligen Krieg gegen die Christen und Animisten in den südlichen Gebieten erklärt. Seit 1989 sind mehr als 2 Millionen Christen gestorben, hingerichtet, 4 Millionen vertrieben und viele gefoltert worden, weil sie Christen waren und ihren Glauben nicht verändern, verlassen, verleugnen wollten.

Was die islamitischen Tendenzen betrifft, der Islam verbreitet sich viermal schneller als das Christentum. Die 1.3 Milliarden Mohammedaner sind überwiegend engagiert und verpflichtet ihrem Glauben und ihrer Religion gegenüber. Dasselbe kann von den 2 Milliarden Christen, die besonders in der westlichen Welt, in Europa und Amerika überwiegend in

Volkskirchen leben, nicht behauptet werden. Wenn man die heutigen Geburtstendenzen betrachtet, kann man prognostizieren, dass in 2050 die Hälfte der Geburten in muslimischen Familien stattfinden werden. Viele Forscher betrachten den Islam als die Religion des 21. Jahrhunderts. Mehr als 60 Staaten der Welt sind schon heute islamitische Staaten. In den fünfziger Jahren haben in England 5000 islamitische Familien gelebt. Die Zahl der Mohammedaner in England ist heute gleich so groß, wie die Zahl der christlichen Kirchenbesucher, nämlich 2 Millionen. Es gibt eine Prognose, die meint, England wird der erste islamitische Staat in Europa sein (David Pawson: „The Challenge of Islam to Christians, Forewords by Michael Green and Patrik Sookhdeo, Hodder an Staughton, London Dydne Auckland 2003). Bei der Eröffnung einer Moschee in Stockholm wurde folgende „profetische“ islamitische missionarische Vorstellung geäußert: „Im Laufe der uns bevorstehenden 50 Jahre werden wir die westliche Welt für den Islam erobern. Wir haben dazu die entsprechenden Leute, das entsprechende Geld und vor allem, wir sind bereit das zu tun“ (eben da). Ein besonderes Problem und Hindernis auf dem Gebiet des Dialoges zwischen Christen und Islam vor allem mit Hinblick auf die islamitischen Staaten ist die fehlende Gegenseitigkeit. Während der Islam in Europa -mit Recht- kämpft für Gleichberechtigung und für die Minderheitsrechte auf dem Gebiet der Religionsfreiheit, werden in muslimischen Ländern, islamitischen Staaten für Christen keine Rechte gewährt, keine Zugeständnisse gesichert und garantiert. Trotz allem bleibt nur ein Weg der Verständigung: der Dialog.

## **II.) IDENTITÄT UND SELBSTVERSTÄNDNIS DER KIRCHE-IHR WESEN, IHRE SENDUNG UND IHR AUFTRAG**

Die Kirche versteht und betrachtet sich – aufgrund der biblischen Lehre und der Bekenntnisschriften – als Gemeinschaft, Communio derjenigen, die an Gott, Christus und den Heiligen Geist – etwa im Sinne des Apostolischen Bekenntnisses – glauben. Die

Gemeinschaft, ecclesia, Gemeinde entsteht durch die Gnadenauserwählung und Berufung Gottes durch den Heiligen Geist und durch die Annahme der Gnade, durch eine positive Antwort auf Gottes Ruf. Diese Gemeinde wird von Anfang der Schöpfung gesammelt und erhalten. Im Alten Testament geschieht dies durch die Auserwählung von Abraham, vom Volk Gottes, von Israel. Im Neuen Testament durch die Auserwählung der christlichen Gemeinde, der Kirche. In der Versammlung, im Gottesdienst der Gläubigen wird das Evangelium rein gepredigt und die Sakramente werden dem Evangelium gemäß gereicht. Das ist Wesen und Auftrag der Kirche. Ihre Mission ist, das Evangelium, die gute Nachricht, „die Botschaft von Gottes freier Gnade auszurichten an alles Volk“ – so die 6. These der Barmer Theologischen Erklärung der Bekennenden Kirche von 1934. Das Evangelium ist die frohe Botschaft, daß Gott die Welt, die Menschen durch den Tod Christi von der Sünde befreit und mit sich versöhnt hat und durch die Auferstehung von den Folgen der Sünde, vom Tod (R 6,23) erlöst hat. Er macht im Glauben ein neues Leben möglich und schenkt es dem neuen Menschen (Johannesevangelium 3,16). So ist die Kirche als Leib Christi (1 Kor 12,27) mit ihrem Glauben und Leben ein Hinweis, eine Vorwegnahme der Zukunft, der erlösten Welt und Menschheit, einer Welt, die in der Offenbarung beschrieben wird. Und das ist die Vision der Christen und der Kirche: „Ich sah...neuen Himmel und...neue Erde...und Gott wird abwischen alle Tränen...und der Tod wird nicht mehr sein noch Leid... noch Schmerz „ (Offenbarung 21, 1. 3-4).

Schon im Alten Testament hat Israel, das Volk Gottes die Aufgabe, den guten Willen Gottes zu verkündigen und als Möglichkeit und Verheißung auch für die anderen Völker zu vergegenwärtigen. Wie? Durch die Lebensordnung des Volkes im menschlichen Zusammenleben, das in dem Bund, den Gott mit Abraham und mit seinem Volk geschlossen hat und in der Gesetzgebung geregelt wurde. Und Schalom bedeutet eigentlich nicht Frieden in unserem einfachen Sinne, sondern den Zustand

des Bundesverhältnisses zwischen Gott und Volk, wenn der Bund eingehalten wird und unversehrt in Ordnung ist. Das sollte Beispiel und Verheißung sein dafür, daß ein glückliches Verhältnis zwischen Gott und dem Menschen und unter den Menschen wieder sein kann, könnte. Denn dieses originale Verhältnis ist durch den Sündenfall zerstört und der Mensch ist Wolf für seinen Nächsten: homo homini lupus geworden. Es ist kein Wunder, was das höchste Gebot betont: Gottesliebe und Nächstenliebe (Mt 22,37-39, vgl. 5 Mos 6,5 und 3 Mos 19,18).

Das ist die Verheißung und die Vision, die für Abraham, dem Volke Israel und gleichzeitig der Menschheit gegeben wurde („in dir sollen gesegnet werden alle Geschlechter auf Erden“ 1 Mos 12,3). Im Neuen Testament wird das in der Kirche, im Leib Christi fortgesetzt. Die Christen haben den Auftrag, die Aufgabe, die Gnade, die Verheißung -mit Wort und Tat- zu verkündigen, vorzuleben, zu vergegenwärtigen.

Zur Vision der Kirche gehört ihr Zukunftsbild. Überhaupt und von den letzten Zeiten, wie die Bibel die Zeit nennt, in der wir leben. Dieses Bild spricht von Christus als über den Herrn der zukünftigen Welt (Hebräerbrief 5,2), der uns schon jetzt seine Kräfte der neuen Welt, des Reiches Gottes erfahren läßt (Hebr. 6,5 u. Eph. 1,21 ff.). Durch ihn darf sich die Kirche der zukünftigen Herrlichkeit schon jetzt über Elend und Verfolgung freuen (R 5,2) in der Gewissheit, dass Gottes Gnade in Christus unsere Gegenwart und Zukunft ordnet (1 Kor 3,22) und uns von seiner Liebe nichts trennen kann (R 8,38). Daß die Kirche eine fixe Zukunft hat, ist nicht Ergebnis menschlicher Leistung, nicht einmal Leistung der Mitglieder der Kirche, sondern eine göttliche Zusage, dass Christus, sein Herr bei ihr bleibt (Mt 28,20). So konnte Dietrich Bonhoeffer, der deutsche evangelische Theologe, der Märtyrer, der kurz vor dem Kriegsende am 9. April 1945 im KZ Flossenbürg ermordet wurde, sagen: „Es wird Menschen geben, die beten, das Gerechte tun und auf Gottes Zeit warten“ (Widerstand und Ergebung, Werkausgabe 8, Gütersloh 1998, S. 436).

### **III.) WAS BEDEUTET DIE NEUE SITUATION FÜR DIE KIRCHE? WIE REAGIERT SIE DARAUF?**

1.) Wie gestaltet sich das Leben, Zeugnis und der Dienst der Kirche? Wie kommt ihre Identität und ihr Erbe zur Geltung in der neuen Lage?

Es soll -mit Hoekendijk- betont werden: Wenn die Kirche ihre Identität und Sendung ernst nimmt, wird, kann und auch darf sie nicht in Lethargie und Schrecken fallen. Sie hat die Aufgabe „diasporafest“ zu werden. Die Minderheitssituation in einer nicht christlichen, fremden, eventuell sogar feindlichen Umgebung und Welt und die Minderheitsrolle ist ihre adequat, ursprünglich eigene Situation. Sie blickt nicht beängstigt sondern - geleitet von ihrer Zukunftsvision - zuversichtlich nach vorn.

Es wird viel davon gesprochen, daß die Kirche einer Erneuerung bedarf. Mit Hinblick auf die neue Situation – gewiß. Aber auch ohnehin und unabhängig davon. *Ecclesia semper reformanda (debet)* – sagt die Reformation. Man ist geneigt zu meinen, daß Erneuerung unbedingt etwas Neues bedeuten soll. Fast können wir sagen: im Falle der Kirche – im Gegenteil: Erneuerung der Kirche bedeutet, daß sie – die oft vergessene, sozusagen die alte, aber immer gültige – biblische Lehre in Erinnerung ruft, wiedererkennt, ernst nimmt und danach lebt. Das Wunder dabei ist, daß es immer wieder geschehen kann und darf. Die Geschichte der Kirche zeigt, daß es immer wieder nötig und möglich wurde und geschah. Auch die Botschaft Jesu und sein Wirken in seinem Volke hatte eigentlich nichts anderes zum Ziel, als die alten Bundesregelungen in Erinnerung zu rufen und wieder wirksam werden zu lassen. Daß das manchmal so verblüffend neu und unbekannt vorkommt, ist Zeichen dafür, wie es vergessen wurde und wie das Volk Gottes, die Kirche ihrem Herrn, ihrer Identität und Sendung gegenüber untreu geworden ist. Daß die Erneuerung dringend nötig ist, zeigt die manchmal erschütternde Entdeckung, daß das christliche Erbe selbst seit der Reformation wieder vielfach leer wurde und das sogenannte christliche Europa lange Zeit oft nur noch dem Namen, aber nicht dem Wesen nach christlich

war. Die biblische Lehre hat die Massen oft nur oberflächlich und nicht wirklich in der Tiefe der Seele und existentiell ergriffen. Die Gefahr ist wirklich da, daß die Volkskirche zu einer leeren Tradition wird – oder wurde. Es ist die Gnade Gottes und ein Wunder und das sollen und dürfen wir demütig auch feststellen, daß trotz Versäumnisse, Schwächen, Versagen, Fehler -sagen wir ruhig aus: trotz Sünden der Kirchen und der Christenheit, die christlichen Werte, doch nicht nur die Oberfläche sondern auch den Geist, auch die Seele, die Ethik und Moral, die Kunst und überhaupt das Gesicht Europas prägen und gestalten durften.

Und auch die Volkskirche soll und wird nicht ausgeplündert und verachtet verlassen werden. Als Rahmen und Träger der christlichen Werte und Sitten wird sie sicherlich mit ihren Dienstleistungen: mit Taufe, Konfirmation, Trauung, Beerdigung und mit den großen Festen: Weihnachten, Ostern usw. bleiben. Aber in der Minderheit wird die Gestalt der Kirche und das Leben der Christen anders aussehen als in der Volkskirche des christlichen Europas. Die in der Tiefe der Seele engagierte, erneuerte Minderheit ist eine andere, neue kozentrierte Qualität. Das Leben in Minderheit wird Analogien aufweisen mit dem Urchristentum und mit dem Leben derjenigen Christen und Kirchen, die auch in unseren Tagen auf Kontinenten und in Ländern leben, wo die Umgebung, die Gesellschaft nicht christlich, nicht freundlich sondern für Christen feindlich, vielleicht gar lebensgefährlich ist. In diesem Prozeß wird die Kirche die eigene Identität, und Werteordnung, die eigenen Normen, Maßstäbe, die in der Tiefe der eigentlich immer kleinen Kernkirche nie ganz vergessen wurden, wieder entdecken, ernst nehmen und zu den Quellen, zum Fundament ad Fontes zurückkehren. Dabei darf sie nicht sektiererisch oder gar fundamentalistisch werden. Fundamentalismus ist für Minderheiten oft typisch. Die Gefahr dabei ist, daß Fundamentalismus zum Dialog nicht geeignet und unfähig ist. Dialog aber ist und wird immer mehr das unentbehrliche Mittel des Kontaktes und der Verständigung in jeder Hinsicht. Auch im Verhältnis zu anderen Weltreligionen.

2.) Exkurs: Einige bemerkenswerte Vorstellungen über die Kirche von morgen:

- a.) Die Kirche von morgen wird – weniger staatsverbunden sein – das ist Chance für neue Freiheit: sie soll und wird nicht mehr zwei Herren dienen;
- kleiner und ärmer sein
  - Chance einer neuen Konzentration;
  - ökumenisch sein – sie wird sich den Schwachsinn (sic !) der konfessionellen Doppelstruktur nicht mehr erlauben – die Konfessionen dienen einander mit ihren Charismen;
  - weniger klerikal dirigiert sein – sie wird angewiesen sein und beschenkt werden von Charismen der Laien und des Ehrenamtlichen;
  - wird stärker von Frauen bestimmt sein – vermutlich wird dadurch ihre Theologie riskanter und vielfältiger. Theologische Korrektheit und Irrtumsvermeidung werden eine geringere Rolle spielen (sic !);
  - wird weniger eurozentrisch bestimmt sein – es werden andere Formen der Frömmigkeit und des Gottesdienstes erscheinen (wie in der Ökumene zum Teil schon jetzt). Das ist Chance und Gefahr zugleich.
  - Die Mitglieder der Kirche kommen aus einer so traditionsfernen Gesellschaft, daß sie sich freier den Überlieferungen des Christentums wieder zuwenden können.
  - Die Kirche, die gesellschaftlich bedeutungsloser geworden ist, ist nicht mehr einem König oder einer Staatsidee verpflichtet und ist geistlich und politisch freier .
  - Die Kirche wird freier, ihre Stimme gegen Unrecht und für Gerechtigkeit zu erheben.
  - Die Kirche kann ihrer volkscirchlichen Uneindeutigkeit entkommen.
  - Die Themen: Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung können wichtig werden. (Felbert Steffensky: „Spiritualität der Kirche von morgen“ in Kirche im 21. Jahrhundert, Hrsg. Manfred Kock, Kreuz Verl. S. 35 ff.).
- b.) Eine andere Vision will die Kirche als ein Unternehmen beraten lassen. Pfarrstellen würden gestrichen, zusammengelegt. Durch Kooperation entstünden Regionen, in denen durch Synergieeffekte gearbeitet würde. Der

Unterricht für Konfirmanden geschehe in Kursystem, dh. jeder Mitarbeiter habe ein Thema, mit dem er herumreisen würde. Der Pfarrer macht jeden Monat je eine Predigt, die er vier mal im Monat an verschiedenen Orten der Region hält. So käme die Osterpredigt in vielen Orten kurz vor Pfingsten, und die Weihnachtspredigt kurz vor Karneval an. Die Gemeinden müssten ihre Existenzberechtigung nachweisen. Die Berater raten der Kirche, sich wie Parteien, Gewerkschaften, oder gemeinnützige Institutionen, als Non-Profit Unternehmen auf dem Markt der Weltanschauungen und Religionen zu etablieren. Die Kirche müsse von Managern dirigiert werden, wie Unternehmen in der Wirtschaft und ihre Unternehmensziele bestimmen, Konsumenten- und Kundennähe sowie Kundenorientierung haben. Die Kunden sind vermeintlich die Christen, die Mitglieder der Gemeinde. (Christian Nürnberger-Hans Löhr: Effizienz oder Evangelium, in Kirche im 21. Jahrhundert. S. 77 ff.). Wie man sieht, es sind in diesen Visionen – ohne sie jetzt zu analysieren und weiter zu erörtern – z.T. eigenartige, widersprüchliche und problematische, aber auch manche interessante Elemente.

3.) Etwas unterschiedlich davon können wir sagen: die Kirche muß und wird der neuen Situation -ohne prinziplose Anpassung an den Zeitgeist- Rechnung tragen, die Fakten konstatieren, die Konsequenzen ziehen. Auch wenn es nach so vielen Jahrhunderten schwer fällt, muß und wird die Kirche zur Kenntnis nehmen, daß das Konstantinische Zeitalter zu Ende ist und davon die Konsequenzen ziehen. Die Trennung zwischen Kirche und Staat wird konsequenter. Die staatliche finanzielle Unterstützung wird sich konsequent vorzüglich auf solche kirchliche Aktivitäten beschränken, die Aufgaben vom Staat in der Gesellschaft, sozusagen stellvertretend übernehmen (Gesundheits-, Schul-, Bildungs-, Sozialwesen). Die Kirchen und die Christen müssen und werden sich damit abfinden, daß ihre Hegemonie im geistigen und geistlichen Leben der europäischen Gesellschaft aufhört. Die Kirchen und die Christen müssen und werden sich an die Minderheitsrolle gewöhnen. Die

Nachfrage in Bezug auf die sogenannten Dienstleistungen wird nachlassen. Der Einfluß der Kirchen auf die Öffentlichkeit in der Gesellschaft wird zurückgehen. Das Interesse bleibt aber, wenn die Kirche überzeugende Meinung äußert, wichtige Standpunkte vertreten wird und dadurch zum menschlichen Zusammenleben Beitrag und Hilfe leistet.

a.) Die fundamentale Aufgabe der Kirche und der Auftrag der Christen ist und bleibt, das Evangelium, die gute Nachricht zu verkündigen, die Liebe Gottes auszustrahlen, zu vermitteln, die christlichen Werte zu vertreten, die Kräfte des zukünftigen Reiches der neuen Schöpfung zu vergegenwärtigen.

b.) Im globalen, ökumenischen Zusammenhang hat der Katholikos I. Aram (Libanon), Vorsitzender des Zentralaussschubes des Ökumenischen Rates der Kirchen folgendermaßen formuliert: „Unsere ökumenische Vision erinnert uns daran, unseren Auftrag aufs Neue und wieder zu bekennen, wodurch hier und jetzt erkennbar wird, wozu das Volk Gottes berufen wurde“, nämlich gemeinsam auf dem Weg zu gehen, der Zukunft Gottes entgegen.

c.) Samuel Kobia, methodistischer Pfarrer (Kenia), der neue Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen hat den schuldigen Beitrag der Kirchen folgendermaßen formuliert: „Es wird erwartet, daß in der pluralistischen Gesellschaft ein solider, moralischer Geist ausgebaut wird, und daß die Kirchen die Kultur des moralischen Konsens fördern, dazu beitragen, dass dieser Geist und diese Kultur die politischen und wirtschaftlichen Gegebenheiten durchdringen“ (ÖRK ZA, 28. Aug. 2003. Genf).

d.) Rüdiger Noll der stellvertretende Generalsekretär der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) hat auf die Aufgabe der Kirchen europa-bezogen hingewiesen, indem er an den Appell an die Kirchen von Jaques Delors erinnert: Sie sollen Europa Seele geben. Die EU soll und darf nicht nur eine wirtschaftliche, Konsumgesellschaft mit zentraler Verwaltung werden und sein. Die Kirchen sollen zur Lösung der alten und neuen Konflikte unter Konfessionen und Nationalitäten in Europa beitragen können,

zumal manche derer auch von Kirchen mitverursacht wurden und bis zum heutigen Tage relevant sind.

e.) Trotz Minderheitslage soll, darf und wird die Kirche nicht in ein Ghetto gezwungen werden. Die Kirchen und Christen sollen und werden dagegen bewußt auftreten, daß der Glaube eine gesellschaftlich belanglose, private Angelegenheit und Sache werde, daß sie nur innerhalb des Kirchgebäudes bleiben, ihre Existenz und Aktivität nur in liturgischer und sakraler Form ausüben. Sie werden das im Bewußtsein dessen tun, daß sie in dieser Welt leben (Joh 17), in der Gesellschaft und in dem menschlichen Zusammenleben einen Auftrag haben. Die Christen sind nicht nur Mitglieder der Kirche, sondern gleichzeitig auch Mitglieder der Gesellschaft (Karl Barth: Christengemeinde und Bürgergemeinde) und haben auch diesbezüglich eine Verantwortung. Ihre Botschaft soll in Entscheidungen klar artikuliert zum Ausdruck gebracht werden und dadurch zur Gestaltung der Gesellschaft und des menschlichen (Zusammen-)Lebens beitragen.

f.) Auf diese Weise werden die Kirchen und Christen auch vor Politik keine Angst haben, und ihre gesellschaftliche, politische Verantwortung wahrnehmen. Sie haben und nehmen an der Gestaltung des Lebens der Polis, der Gesellschaft, in der sie als Mitbürger leben, teil.

g.) Wichtig dabei ist: Wenn die Kirchen und Christen in der Gesellschaft in den Sachen, Angelegenheiten der Polis Stellung nehmen, Entscheidungen treffen oder bei den Wahlen wählen, geht es ihnen nicht um eine politische Wahl, nicht darum, welcher Partei sie näher stehen. Durch ihre Entscheidungen wählen sie keine Partei, sondern ihre eigenen, vom Glauben her vertretenen Werte, Werte, die ihrer christlichen Ethik, Werteordnung näher stehen. Das ist sui generis Dienst der Kirchen und Christen, Zeichen, Hinweis, und Zeugnis der Werteordnung, die den christlichen Glauben zum Grund hat. Die Kirchen und Christen sind und arbeiten also gegen Tod, Abtreibung, Euthanasie, Krieg, Terrorismus, Elend, Hunger, gegen die Verschwendung der Güter, der

Reserven der Erde und der Menschheit durch unsinnigen Konsum, gegen Umweltverschmutzung, Gewalt, Unterdrückung, Erniedrigung des Menschen, des Nächsten, des Bruders, des Ebenbildes Gottes, des Schöpfers, gegen soziale und jegliche Ungerechtigkeit, Ausbeutung, Rassismus, Antisemitismus, Genmanipulation und Klonen des Menschen.

Die Kirchen und Christen verkündigen das Evangelium auch im 21. Jahrhundert, arbeiten für Leben, Liebe, Freiheit und Befreiung, Gerechtigkeit, Solidarität, Menschenrechte, Würde des Menschen, des Nächsten, des Bruders, des Ebenbildes Gottes, des Schöpfers, für die Hilfe für Schwache, Kleine, Hungernde, Leidende, Kranke, für die Bewahrung der Schöpfung und für den Frieden. Sie wissen, was der 37. Psalm sagt: „Wer den Frieden liebt, dessen Nachkommen bleiben“ (Vers 37). Peacemaking ist wichtig, weil „Selig sind, die Frieden stiften, denn sie werden Gottes Kinder heißen“ (Mt 5,9).

Die Kirchen und Christen haben schon den Auftrag, auf die Welt, auf die Gesellschaft, auf das menschliche Zusammenleben Einfluß auszuüben. Das wird aber in der Zukunft nicht auf die alte Weise geschehen wie früher, Jahrhunderte lang und in der Volkskirche. Die Kirchen und Christen werden sich die Gewohnheiten und Automatismen der herrschenden Kirche abgewöhnen und vergessen, wenn sie es noch überhaupt nicht in genügendem Maße getan hätten. Durch die Erneuerung werden sie die Züge der dienenden Kirche anziehen. Diese Christenheit kann und wird durch glaubhaftes Zeugnis, durch Beispiel des engagierten, persönlichen und öffentlichen Lebens Mund der Stummen und Stimme der Schwachen werden und für die Menschen, die es nötig haben, darauf angewiesen sind, eintreten. Das ist eigentlich Nichts Neues, das ist die alte ewige Botschaft, die Vorwegnahme der zukünftigen Vision und ständiger Dienst der Christen und Kirchen „alle Tage bis an der Welt Ende (Mt 28,20).

## Grusswort von Ursula Seiler- Albring,

*Botschafterin der Bundesrepublik  
Deutschland*

**N**ur wenige Tage vor dem EU-Beitritt hat der „Verein deutscher Akademiker aus Ungarn e.V.“ seine 10. Jahreskonferenz durchgeführt. Leider konnte ich an dieser Veranstaltung nicht persönlich teilnehmen; ich möchte Ihnen aber auf diesem Wege ganz herzlich zu Ihrem Jubiläum gratulieren. Im vergangenen Jahrzehnt waren Sie ein bedeutender Mitspieler im Konzert der Institutionen und Vereinigungen, die sich um die deutsch-ungarischen Beziehungen bemühen. Ihr Verein hat dabei ein ganz spezifisches und unverwechselbares Profil: Sie – die Mitglieder – haben Ihr gesamtes Studium in Deutschland absolviert und dort ihren Abschluss erworben. Damit haben Sie eine ungewöhnlich lange und intensive Zeit in unserem Lande und an unseren Hochschulen verbracht und damit sind Sie zu Experten für unser Land, für unsere Sprache und für die Art und Weise, wie man Ihr Fachgebiet in Deutschland sieht, geworden. Ich freue mich sehr, dass Sie diese Erfahrung mit der Arbeit Ihres Vereines pflegen und sich damit in den Dienst der deutsch-ungarischen Beziehungen stellen. Gerade in einem vereinten Europa – davon bin ich überzeugt – brauchen wir Partner und Mitbürger, die sich ganz besonders gut mit einem anderen Land auskennen.

Das Thema Ihrer Jahreskonferenz – „Europavisionen – 2025“ – ist faszinierend und herausfordernd. Ich stimme Ihnen vollkommen zu, dass gerade ein Ereignis von so historischer Bedeutung wie der EU-Beitritt Ungarns zum Anlass genommen werden sollte, über die Tagespolitik oder auch die Dauer einer Legislaturperiode hinaus zu schauen und sich über die langfristigen Ziele und Visionen, die unser Handeln bestimmen, auszutauschen. Auf der Einladung zu Ihrer Tagung haben Sie eine Reihe sehr konkreter und zum Teil provozie-

render Leitfragen und -sätze notiert, die den gedanklichen Einstieg in die „Europavision – 2025“ bieten sollen. Ich möchte versuchen, drei davon aus deutscher Perspektiven zu beantworten.

Wie wird sich Europa im Kampf der Kontinente bewähren? – Wir sollten sehr zurückhaltend mit solchen Kampfansagen sein. Auch das vielzitierte Konzept des „Kampfes der Kulturen“ vereinfacht die wirklichen Probleme und verstellt den Blick für konstruktive Lösungen. Richtig ist, dass im Zuge der Globalisierung in größeren Räumen gedacht und gehandelt werden muss. Der klassische Nationalstaat kann die anstehenden Probleme in den meisten Fällen nicht mehr lösen. Gerade diese Einsicht liegt ja dem Konzept der europäischen Einigung zugrunde. Europa vereint sich aber nicht in erster Linie, um gegen andere zu bestehen, sondern um in einer „Partnerschaft der Kontinente“ gemeinsame Wege zu finden. Dies beweist auch das starke Engagement der EU für die Vereinten Nationen und andere globale Organisationen. Gewiss muss sich auch Europa der Konkurrenz auf dem Weltmarkt stellen und darauf achten, dass die europäische Wirtschaft und Wissenschaft wettbewerbsfähig bleiben. Ich bin optimistisch, dass 2025 ein starkes und geeintes Europa gute und partnerschaftliche Beziehungen zu den anderen Weltgegenden haben wird.

Wie entwickeln sich Bildung und Kultur? – Einer der wichtigsten Wesenszüge der europäischen Integration ist das Ziel, Einheit und Vielfalt zu verbinden. Dies zeigt sich besonders im Bereich von Bildung und Kultur. Die kulturelle Vielfalt ist der größte Reichtum Europas, den es unbedingt zu erhalten gilt. Daher spielen auch die Förderung von Mehrsprachigkeit und der Minderheitenschutz eine große Rolle. Gleichzeitig muss Europa sich auch im Bereich von Bildung und Kultur erneuern können und dazu fähig sein, Antworten auf aktuelle Fragen zu geben. Dies wird nur funktionieren, wenn es in Europa die Möglichkeit für einen regen Austausch gibt. Hierfür müssen insbesondere im Bildungsbereich gemeinsame Rahmenbedingungen geschaffen

werden. Die Vision des Bologna-Prozesses, dass es in Europa vergleichbare Studienabschlüsse und ein gemeinsames System der Anerkennung von Studienleistungen geben soll, zeigt, wie man Einheit und Vielfalt verbinden kann: Denn gerade innerhalb des gemeinsamen Rahmens können sich einzelne Länder und Hochschulen mit interessanten Angeboten profilieren. Ich denke, wir sind auf dem richtigen Wege zu einem kulturell vielfältigen und zukunftsfähigen Europa. Gerade die deutsch-ungarischen Beziehungen bieten hierfür ermutigende Signale, wenn man z.B. an die deutsche Präsenz auf dem diesjährigen Budapester Buchfestival oder die Entwicklung der deutschsprachigen Andrassy-Universität denkt.

Welche Alternativen gibt es zur Europäischen Union? – Ich gebe zu, dass diese Frage in den Ohren einer Vertreterin eines Gründungsmitgliedes provozierend klingt. Aber es ist gewiss richtig, so weitreichende Fragen wie den EU-Beitritt ohne Tabus zu diskutieren. Die Antwort ist klar: Nein. Es gibt keine Alter-

native dazu, dass die Länder Europas einen Teil Ihrer Souveränität in Form der Europäischen Union gemeinsam ausüben. Alles andere wäre ein Rückfall in die Zeit der Kleinstaaterei und würde den Herausforderungen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht gerecht. Es gibt auch keine Alternative dazu, dass die europäischen Länder die Demokratie auf einer übernationalen, europäischen Ebene weiterentwickeln. Das Europäische Parlament wird in zwanzig Jahren noch eine größere Bedeutung haben als heute und dann auch im öffentlichen Bewusstsein der Menschen verankert sein. Alternativen gibt es sicherlich bei der Frage, wie die europäische Integration ausgestaltet werden soll; welche Ziele wir formulieren und welche Prioritäten wir setzen. Und über diese Alternativen werden 2025 in erster Linie die Bürger der Europäischen Union auf demokratischem Wege entscheiden.

Ich danke Ihnen nochmals für Ihr Engagement und freue mich auf die weitere Zusammenarbeit.

**Vortrag von**  
**Dr. Rolf Stücheli,**  
*Gesandter der Schweizerischen  
 Eidgenossenschaft*

Meine sehr verehrten Damen und Herren,  
 liebe Freunde der deutschen Sprache!

**E**s ist für mich als Vertreter der Schweiz eine außerordentliche Ehre an diesem Tag dabei zu sein und zu diesem Thema sprechen zu dürfen und auch noch dazu als erster Referent. Es ist deshalb eine große Ehre, weil, wie Sie alle wissen, die Schweiz weder Mitglied der Europäischen Union noch deren Aufnahme-kandidat ist.

Ich möchte nun versuchen Ihnen zu erklären, warum dies so ist und wie lange dieser Zustand noch andauern wird und danke ihnen hiermit für die Gelegenheit die Situation der Schweiz



darstellen zu dürfen. Diese Situation ist nicht leicht nachvollziehbar. Ich verstehe diese Situation, ich kenne sie, aber auch ich habe meine Mühe damit. Ich werde hier als Vertreter der Schweiz, der schweizerischen Botschaft sprechen, doch es fließt, wie Sie sicher spüren

werden auch einige persönliche Überzeugung in meine Ausführungen mit hinein.

So kurz es geht möchte ich Ihnen zu folgendem Thema etwas sagen: „Wo steht die Schweiz heute in Europa?“ Dies ist ein großes Thema, deshalb möchte ich es in 4 Schritten kurz abhandeln. Die ersten 3 Schritte im Häckelschen Sinne: These, Antithese und Synthese, die Letztere wird vielleicht etwas länger ausfallen.

### **Der 1. Schritt – die These:**

Was Sie alle wissen ist, das am 1. Mai 2004 10 neue Mitgliedstaaten, darunter 8 Länder Mitteleuropas (ehemaliger Ostblock) der Europäischen Union beitreten. Wir haben damit die große Osterweiterung der Europäischen Union, welche von 15 auf 25 Mitglieder wächst und wir haben auch - 15 Jahre nach dem Ende der Ost-West Spaltung, die 40 Jahre dauerte und 15 Jahre nach der bereits erfolgten Einigung Deutschlands von 1989/90 – die Wiedervereinigung Europas. Soweit die Ihnen bekannte These.

### **Der 2. Schritt – die Antithese:**

Die Schweiz bleibt draußen vor der Tür beim übrigen Europa stehen, einem Europa das nicht oder noch nicht der Europäischen Union beitreten kann oder will: Südosteuropa, Balkan, Türkei, vielleicht ein Teil der GUS.

Es gibt auch noch andere Länder, welche Mitglied sein könnten, welche man gern in der Europäischen Union dabei hätte, die aber trotzdem noch kein Mitglied sind. Ich denke hier an Norwegen und Island. Island ist ähnlich wie Luxemburg, Zypern oder Malta ein kleines Land, aber auch ein souveränes Land, daß seine Gründe hat zur Europäischen Union ja oder nein zu sagen. Norwegen ist wirtschaftlich wie demografisch (geographisch?) ein Land vergleichbar mit der Schweiz.

Die Schweiz bleibt also im Moment draußen vor der Tür. Wir sind uns aber sicher einig, die Schweiz ist geographisch, historisch, wirtschaftlich, kulturell und politisch ganz klar ein Teil Europas. Einige sagen sogar ein Herzstück, zumindest ein Herzstück Westeuropas, denn Europa ist größer geworden, früher fing Osteuropa in Prag an und heute fängt Osteuropa in

Minsk an. Der freiheitlichen Einigung und Organisationsstruktur des Kontinentes wird sich die Schweiz früher oder später ebenso anschließen, sie wird ebenso der Europäischen Union angehören, wie nun in einigen Tagen Ungarn. Das ist eine Prophezeiung die ich hier mache.

Mit dem folgenden 3. Schritt, der Synthese möchte ich etwas ins Detail gehen. Es stellt sich die Frage, wann und wenn es dann soweit ist mit welchem Zug von Kandidatenländern kommt der EU-Beitritt der Schweiz? Eine berechtigte Frage.

Der EU-Beitritt der Schweiz ist Zukunftsmusik, es wird nicht so bald der Fall sein, doch bin ich kein Prophet. Von Beruf bin ich Historiker und werde bezahlt als Diplomat.

Trotzdem versuche ich Ihnen auf die Frage eine Antwort zu geben und damit einerseits einen Rückblick und andererseits auch einen Ausblick auf die bisherigen und bevorstehenden Beitritte, die Erweiterungen der Europäischen Union.

Ich stelle fest es gab und gibt 6/7 Schritte, Sie erinnern sich bestimmt:

1. Die Gründung der Europäischen Union, damals EWG 1958. Die erste Erweiterung geschah im Jahre 1973 mit Großbritannien, Irland und Dänemark.

Dies war die erste Norderweiterung der Europäischen Gemeinschaft. Norwegen wollte auch beitreten, doch das norwegische Volk entschied sich gegen die Europäische Union.

2. Griechenland als eines der südeuropäischen Länder wurde 1981 aufgenommen. Ich würde sagen, das war die erste kleine Süderweiterung der Europäischen Union. 1986 war schon der EU-Binnenmarkt auf dem Tisch und unterwegs, mit dem charismatischen Kommissionspräsidenten De Lor. Im Jahre 1986 wurden noch zwei weitere südeuropäische Länder, Spanien und Portugal aufgenommen. Das war die zweite oder die große Süderweiterung.

3. Ein nächster Schritt, den man gern vergißt, auch 1990 hat sich die Europäische Union erweitert. Nicht um einen neuen Mitgliedstaat, aber um die 5 neuen deutschen Bundesländer. Mit der Wiedervereinigung der ehemaligen

DDR und der Bundesrepublik Deutschland am 3. Oktober 1990 wurde Ostdeutschland gleichzeitig Mitglied der Europäischen Union. Nicht als Mitgliedstaat, doch das Gewicht im Parlament wurde entsprechend angepaßt u.s.w. Ich würde also sagen, 1990 war die deutsche EU-Erweiterung, oder die kleine erste Osterweiterung. 1995 standen wieder 4 Staaten vor der Tür, die verhandelt haben. Diese 4 Staaten gehörten wie auch die Schweiz der Europäischen Freihandelszone an. Zu dieser früher auch Großbritannien und Portugal gehörten, die schon früher das Lager gewechselt haben. Bei den vor der Tür stehenden Staaten handelte es sich um Österreich, Finnland, Schweden und Norwegen. In dieser Reihenfolge wurde nach den Verhandlungen auch abgestimmt und in dieser absteigenden Linie war die Zustimmung. In 3 Ländern hat das Volk ja gesagt, in Österreich, Finnland und Schweden. In Norwegen aber zum zweiten Mal nein, wie Sie sich erinnern werden. Das wäre dann die EFTA Erweiterung der Europäischen Union, oder wenn Sie so wollen, die neutrale Erweiterung. Die Schweiz hätte hier ganz gut hineingepaßt, doch sie war schon bei den Beitrittsverhandlungen nicht dabei. Ich möchte Ihnen im folgenden erklären warum.

Heute im Jahre 2004 treten die 4 Visegrad Staaten, Ungarn, Polen, Tschechien und die Slowakei der Europäischen Union bei, außerdem Slowenien eine ehemalige Republik von Jugoslawien. Es sind dabei die 3 baltischen Staaten und die 2 Mittelmeerinseln Zypern und Malta. Ich würde sagen, daß ist die dritte Süderweiterung, die abschließende Süderweiterung der Europäischen Union. Weiter in Richtung Süden wird wohl keine Erweiterung mehr stattfinden, auch wenn es den schon vergessenen Versuch Marokkos gab in die Europäische Union einzutreten. Vor fast 15 Jahren hat Marokko einmal ein Gesuch gestellt um Aufnahme in die Europäische Union. Die Stellungnahme der EU-Institutionen war die: wir sind eine europäische Institution und Marokko gehört zu Afrika. Damit war der Fall vom Tisch.

Wir haben nun wieder ein ähnliches Problem

und das ist noch nicht vom Tisch. Es geht um die Türkei und ich weiß nicht, ist es Südeuropa, ist es Osteuropa. Dies ist wie gesagt die Situation jetzt 2004. Was kommt in der Zukunft? Wir rechnen damit, daß in 3 Jahren die restlichen mittelosteuropäischen Länder Rumänien, Bulgarien, welche jetzt noch nicht reif sind für ein Aufnahme, das diese Länder 2007 aufgenommen werden und es wird dann vermutlich auch Kroatien dazukommen.

Es gibt noch einen kleineren Kandidaten, der erst kürzlich sein Beitritts-gesuch gestellt hat, das ist Mazedonien, vielleicht kommt Mazedonien auch dazu, das wissen wir nicht. Die große Frage wer und wann ist offen.

Der größte Kandidat ist die Türkei. Es ist eine offene Debatte im Gange, ob die Türkei zu Europa gehört oder nicht. Können wir ein Land von 80 Millionen Einwohnern absorbieren, halb europäisch, halb asiatisch. Es stellen sich ähnliche Fragen, wie wenn Rußland beitreten wollte. Rußland ist teils europäisch, teils asiatisch und hat eine bestimmte Größe. Die Türkei steht also vor der Tür, sie ist offiziell Kandidat, sie hat den Status eines Kandidaten, die Verhandlungen haben aber noch nicht begonnen. Weitere Balkanstaaten werden folgen, zweifellos. Aber wir wissen nicht wann. Und jetzt die Frage, wann kommt die Schweiz? Dazu ein paar Feststellungen, die Sie zum Teil mehr oder weniger kennen. Es ist eine Tatsache, auch wenn man es nicht mehr weiß, es gibt ein schweizerisches Beitritts-gesuch zur Europäischen Union. Das wurde am 18. Mai 1992 in Brüssel deponiert und dort liegt es immer noch. Allerdings nicht auf dem Pult des Kommissionspräsidenten, sondern eher in einem Kühlfach eingefroren, aber es ist dort. Damals hatte der Bundesrat der schweizerischen Regierung beschlossen, daß wir mitmachen beim europäischem Wirtschaftsraum. Die Zugehörigkeit zum europäischen Wirtschaftsraum ist aber eine Lösung die nicht auf Dauer angelegt ist. Eigentlich möchten wir nach dem Beitritt zum europäischen Binnenmarkt, zusammen mit den EFTA-Staaten als nächsten Schritt den Beitritt ins Auge fassen. Nur ein EU-Beitritt gibt uns die volle Mitbe-

stimmung, welche der europäische Wirtschaftsraum nicht garantiert. Das ist das alte Problem. Norwegen lebt weiterhin damit, während Österreich, Finnland und Schweden eben aus diesem Grunde, auch wie die Schweiz, gesagt haben: Binnenmarkt ist wichtig, aber eigentlich eine halbe Sache und man ist etwas satellitisiert. Damals hat die Regierung offen, ehrlich, konsequent aber politisch taktisch unklug im gleichen Moment, wo der Beitritt zum europäischen Wirtschaftsraum dem Volk zur Abstimmung vorgelegt wurde auch angekündigt, wir werden dann Beitrittsverhandlungen aufnehmen und wir möchten das tun was Österreich z. Bsp. getan hat. Das war vielleicht der Grund warum selbst der europäische Wirtschaftsraum damals von den schweizerischen EU-Gegnern abgelehnt wurde. Sie sagten, wenn man gegen die EU ist muß man auch gegen die Vorstufe der EU sein, den europäischen Wirtschaftsraum und weil der europäische Wirtschaftsraum in der Volksabstimmung vom 6. Dezember 1992 im Volk keine Gnade gefunden hat, war natürlich auch die Frage von Beitrittsverhandlungen vom Tisch. So war die damalige Situation. Ich muß aber auch sagen, natürlich hat die Schweiz ein ganzes Netz von bilateralen Verträgen. Da sie ja von Anfang an von 3 großen EU-Mitgliedstaaten umgeben war, hat sie seit 1972 wie die anderen EFTA-Länder ein bilaterales Freihandelsabkommen für industriellen Freihandel, was sehr wichtig ist. Die Schweiz hat aber noch eine ganze Reihe von 100 bis 150 kleineren und größeren Abkommen geschlossen. Wir sind also vernetzt, das sind alles Nachbarschaftsbeziehungen, aber eine Mitgliedschaft ist noch weit weg für uns. An Stelle von Beitrittsverhandlungen, wie es der Bundesrat wollte und an auch Stelle des Zuganges zum Binnenmarkt mußte man einen Ersatz finden und die Regierung, d.h. der Bundesrat konnte mit einigen Schwierigkeiten 1993/1994 bilaterale Verhandlungen mit Brüssel aufnehmen. Bilaterale Verhandlungen mit der EU-Kommission über 7 Sektoren des Binnenmarktes, nicht über den gesamten Binnenmarkt, den man gehabt hätte mit dem europäischen Wirtschaftsraum, sondern 7

wichtige Sektoren. Die wichtigsten Sektoren waren Landverkehr, denken Sie an den Transit durch die Alpen, Luftverkehr und der freie Personenverkehr. Die Verhandlungen zum Personenverkehr waren wichtige, substanziiell wichtige Verhandlungen bei denen die Schweiz am Ende dann auch akzeptierte, daß Personenverkehr sehr wichtig ist, man kann nicht im Binnenmarkt sein und den Personenverkehr nicht akzeptieren. Mit einer gewissen Phasenverschiebung und Übergangsfristen hat die Schweiz den freien Personenverkehr dann akzeptiert, was schon psychologisch ein großer Schritt für die Schweiz war. Diese Verhandlungen, dieses Paket von 7 Abkommen ist 1999 unterzeichnet wurden und erst im Juni 2002 in Kraft getreten, es hat sehr lange gedauert. Warum? Speziell wegen dieses Abkommens über den Personenverkehr. Personenverkehr ist eine Politik der Europäischen Union, welche gemischte Kompetenzen berührt. Es ist nicht nur eine Kompetenz der Europäischen Union, es betrifft auch Kompetenzen der Mitgliedstaaten bezüglich der Sozialversicherung u.s.w. Ein solches gemischtes Abkommen mußte nach europäischem Recht nicht nur von den europäischen Institutionen, Rat und Parlament genehmigt werden, sondern auch von den Parlamenten der Mitgliedstaaten, es mußten also damals schon 15 Mitgliedstaaten, nicht alle 7 aber, eins von 7 Abkommen genehmigen und das hat gedauert. Die Schweiz war ganz schnell, aber die anderen Staaten hatten sich begreiflicherweise Zeit gelassen. Wir haben also seit Mitte 2002 ein Paket von 7 Abkommen, das uns quasi den Zugang zum Binnenmarkt mehr oder weniger erlaubt, ähnlich wie wir ihn gehabt hätten als Mitglied des europäischen Wirtschaftsraumes. Diese Abkommen werden automatisch auf die 10 neuen Mitgliedstaaten am 1. Mai übertragen, das ist *aquis communautaire*. Das Abkommen über den Personenverkehr ist aber wieder ein Sonderfall, wir müssen es anpassen an die Vergrößerung der Europäischen Union. Es werden 75 Millionen zusätzliche Bürger zur Europäischen Union gehören, dementsprechend müssen die Kontingente und die Übergangsfristen angepaßt

werden. Diese Verhandlung ist im Gange und steht vor dem Abschluß.

Nun ein drittes Element. Die erste Runde von 7 Abkommen war nicht ganz bzw. nur teilweise befriedigend. Es war ein erster Schritt und wir haben eine zweite Runde bilateraler Verhandlungen aufgenommen, die glücklicherweise auch schon vor dem Abschluß stehen und insgesamt 9 Sektoren betreffen. Es gab z.B. Wünsche der Schweiz, einen noch besseren Zugang zum Binnenmarkt zu haben. Des weiteren geht es um Bildung, Kultur, Medien, Umwelt, verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, aber auch um Schengen, den Abbau der Grenzkontrollen, es geht um Dublin, Flüchtlingspolitik u.s.w. Auf der anderen Seite hat auch die Europäische Union Wünsche, speziell die Zinsbesteuerung. Sie war interessiert nochmals zu verhandeln. Sie wissen, diese Richtlinie über die gesamteuropäische Zinsbesteuerung macht ja nur Sinn, wenn wenige nicht dabei sind, aber bezüglich Bankgeschäft eine wichtige Rolle spielen und u.a. eben die Schweiz wenn die irgendwie auch ins System reinkommen. Wir haben erstaunlicherweise eine Lösung gefunden, die das Anliegen der Schweiz wahrt, das Bankkundengeheimnis aufrecht zu halten. Die Schweiz ist bereit auf ausländische Guthaben eine anonyme Steuer einzuziehen und den entsprechenden Betrag ohne Nennung des Steuersubjektes an die Mitgliedstaaten zu entrichten, d.h. Steuersubstanz wird den Staaten zugeleitet, aber das Bankkundengeheimnis wird gewahrt. Das ist die Zinsbesteuerung.

Ein anderer Wunsch, den die Europäische Union auch äußerte und worüber ebenfalls eine Einigung bevorsteht, das ist die Betrugsbekämpfung. Es geht hier vor allem um indirekte Steuern, um Zölle. Warenschmuggel, Zigarettenschmuggel u.s.w.. Hier muß die Schweiz natürlich, obwohl sie kein Mitglied der Europäischen Union ist, besser zusammenarbeiten. Dies ist die Situation heute und nun fragt man sich, wann erfolgt denn nun der EU-Beitritt? Ich meine, was wir jetzt haben ist ein weiteres Provisorium und es wird nicht leicht sein auf diesem bilateralen Weg fortzuschreiten. Es ist

auch schwer zu verstehen, wie die Schweiz mitten in Europa als Insel, umgeben von einem gesamten Kontinent, nicht Mitglied sein sollte. Ich möchte nicht in die Details hineingehen, daß ist stark Politpsychologie, warum viele Schweizer Hemmungen haben vor dieser Europäischen Union. Ich möchte als letzten Punkt einfach feststellen, es gibt einfach bei weitem nicht eine Mehrheit des Volkes, sei es durch Meinungsumfragen oder sei es auch durch Volksabstimmung, die wirklich für einen Beitritt wäre. Wir hatten 2001 eine Abstimmung, eine unglückliche Geschichte. Es gab eine Volksinitiative, welche die Regierung zwingen wollte sofort Verhandlungen aufzunehmen und das noch in einer Zeit als die bilateralen Verhandlungen pendent waren. Und nun mußte selbst die Regierung sagen, wir wollen zwar beitreten, aber nicht so schnell, man kann dem nicht zustimmen. Die Gegner haben dann gesagt, seht ihr, kein einziger Kanton hat diese Abstimmung angenommen, das Volk will ja gar nicht. Das war also eine unglückliche Geschichte.

Wir hatten aber im letzten Oktober auch Nationalratswahlen und die Kräfte, die gegen die Europäische Union sind wurden gestärkt. Sie wissen, wir haben eine große Partei, die schweizerische Volkspartei, welche zugelegt hat und auf Kosten der Christdemokraten einen zusätzlichen Sitz in der Regierung gewann. Das sind auch keine Anzeichen dafür, daß Parlament und Regierung in Richtung Beitritt schneller vorangehen werden. Der EU-Wirtschaftsraum ist wegen mangelnder Mitbestimmung auch keine Alternative. Wir haben mit den bilateralen Verträgen einen Ersatz geschaffen, im Moment gibt es also keine Alternative. Es gibt nur den bilateralen Weg. Dieser bilaterale Weg ist für die Schweiz wie auch für die Europäische Union immer schwieriger, denn es gibt Dinge, welche die Europäische Union als ganzes oder aber die Mitgliedstaaten genehmigen müssen. Wir die kleine Schweiz sind mit einer Europäischen Union von 25 Mitgliedstaaten konfrontiert. Wir müssen wohl verstehen, daß das nicht allen paßt, und das es Zeit braucht und auch Wider-

stände oder negative Kräfte gibt. Mich erstaunt es nicht, es ist ein schwieriger Weg.

Nun es soll keine Prognose sein, aber man kann wohl sagen, die schweizerische Regierung und das schweizerische Volk dürften über einen Beitritt erst dann verhandeln und den Beitritt erst dann genehmigen, wenn die wirtschaftlichen Vorteile größer sind als die Währungs- und staatspolitischen Opfer, also der Preis den man zahlen muß. Oder umgekehrt, wenn es weh tut, wenn die wirtschaftlichen Nachteile immer größer werden, dann wird es auch in den Köpfen vieler Menschen „klick“ machen. Wenn sie sagen, vielleicht ist die Europäische Union doch nicht so schlecht. So sind eben die Menschen, jedenfalls die Schweizer. Es gibt auch währungspolitische Aspekte: die eigene Währung, die Schweizerfranken, trotz Euro gibt es noch den Schweizerfranken und weil der Euro ein Erfolg ist, geht es dem Schweizerfranken gut, wenn der Euro ein Mißerfolg gewesen wäre, hätte das sehr starke Auswirkungen auf die Schweiz gehabt. Flucht in die Schweizerfranken, erhöhter Kurs und Probleme für unsere ganze Exportwirtschaft. Es gibt aber vor allem staatspolitische Aspekte, ich möchte nicht ins Detail gehen, die Schweizer haben einfach Vorstellungen von Mitbestimmung, sowohl im Sinne von Föderalismus, Regelungen auf Kantonsebene, Mitbestimmung durch Volksabstimmungen, Referendumsdemokratie. Neutralität ist vielleicht nicht so wichtig, es gibt staatspolitische Anpassungsprobleme. Wir haben auch eine Regierung, die nicht Europakompatibel ist, wir haben eine Kolonialregierung ohne Ministerpräsidenten, wir sind nicht so gut eingerichtet für die EU-Mitgliedschaft in der heutigen Situation. Zum Schluß möchte ich sagen, die Schweiz ist ein Sonderfall, aber jedes Land ist ein Sonderfall. Die Schweiz ist nicht das einzige Land, das noch außen vor ist, dies trifft auch noch für Norwegen zu. Norwegen hat vieles mit der Schweiz gemeinsam, war lange Zeit ein armes Land. Noch im 20. Jahrhundert lebten hier fast nur Bauern und Fischer. Heute ist Norwegen durch Öl und Gas ein reiches Land wie die Schweiz.

Die Norweger haben schon zweimal versucht in die Europäische Union hineinzukommen, doch das Volk wollte nicht, also nicht nur die Schweizer denken so. Es gibt noch andere Völker in Europa, die sagen, daß auch ein Leben außerhalb der Europäischen Union existiert.

Stichwort – Souveränität. Was ich Ihnen jetzt sage, sage ich immer meinen Mitbürgern, Souveränität ist ein schillernder Begriff. In der Schweiz sagt man, Souveränität ist Volkssouveränität. Wir sind dann souverän, wenn das Volk mitbestimmen kann. Aber Sie alle wissen, mittlere und kleine Staaten auch wenn sie allein stehen haben eine beschränkte Souveränität. Die Schweiz ist in einer Situation wo sie viel Souveränität automatisch verliert, in dem Maße wie die Europäische Union um sie herum größer wird und ihr wirtschaftliches, soziales und politisches Leben bestimmt. Souveränität ist also ein relativer Begriff und Souveränität verliert man ja nicht, wenn man der Europäischen Union beitrifft, Souveränität wird getauscht durch Mitbestimmung in den Organen der Europäischen Union und das muß ich meinen Landsleuten immer wieder erklären. Sie wissen es vielleicht, es ist eben ein Souveränitätstausch und nicht ein Souveränitätsverlust, aber das ist eben ein Prozeß, für den die schweizerische Mentalität noch Zeit braucht. Sie wissen, die Schweiz ist in der EU-Geschichte ein Sonderfall, sie ist immer eine Republik gewesen, eigentlich keine natürliche Nation sonder ein Kongorat von Sprachen und Kantonen und die Schweiz ist ein bißchen atypisch in der europäischen Landschaft. Ich sage immer den Schweizern, Europa ist eben schweizerisch geworden, Europa hat sich so vereint, wie die Schweiz sich freiwillig vereint hat. Europa ist gar nicht so anders, aber die Schweizer wollen das noch nicht so recht zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, eine Prognose darf ich wagen, Ihr Titel heißt „Europavisionen 2025“ ich weiß nicht was ich wetten soll, aber ich würde wetten, daß bis 2025 auch die Schweiz Mitglied der Europäischen Union sein wird.

Vielen Dank.

## Vortrag von **Pók Attila,**

*stellv. Direktor im Institut für  
Geschichtswissenschaften der Ungarischen  
Akademie der Wissenschaften*

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

**I**ch habe nie in Deutschland studiert, so bin ich zu einem gewissen Maße eine Ausnahme unter den Anwesenden. Ich studierte immer in Budapest, doch in jungen Jahren hatte ich häufig die Gelegenheit einige Zeit in der DDR bei Freunden meines Vaters zu verbringen. Ende der 70-iger Jahre bekam ich nun die Gelegenheit für einen kurzen, etwa 6-monatigen Forschungsaufenthalt in Mainz am Institut für Europäische Geschichte, wo ich sehr viel lernte. Mein Leben gestaltete sich so, daß ich im Laufe der letzten 20/30 Jahre sehr viele Kontakte mit Vertretern des deutschen kulturellen und wissenschaftlichen Lebens knüpfen konnte.

### **Historiker und die Zukunft**

Es ist natürlich eigenartig einem Historiker die Aufgabe zu geben, über die Zukunft zu sprechen. Falls man aber die Zukunft als eine Extrapolation der Vergangenheit interpretiert, ist es vielleicht nicht unbegründet für einen Historiker seine Meinung zu dieser Thematik zu äußern. Das Jahr 2025 liegt 21 Jahre vor uns in der Zukunft. Als ich mich auf diesen Vortrag vorbereitete habe ich ein bisschen überlegt, ob 21 Jahre nun eine lange oder kurze Zeitspanne seien. Denken wir etwas nach. Wie war die Welt hier, in Ungarn vor 21 Jahren, d.h. 1983. Hätten wir uns damals vorstellen können, wie heute die Lage hier ist? Doch gehen wir noch einmal 21 Jahre zurück, in das Jahr 1962. Damals konnte man sich im großen und ganzen vorstellen wie die Welt einige Jahre später aussehen wird, aber bis 1983 reichte die Vorstellungskraft kaum- abgesehen von einigen langfristigen Planungsprojekten im Staatlichen Planungsamt.... Spielen wir unser Spiel weiter und gehen noch einmal 21 Jahre zurück, bis 1941. Im Jahr 1941 war es völlig unvorstellbar wie die Welt in



21 Jahren aussehen wird. Weitere 21 Jahre zurück, 1920 war es auch unvorstellbar wie unsere Welt einmal aussehen wird. Doch ist diese ungarische, mitteleuropäische Erfahrung nur ein Aspekt dieser Geschichte. Nämlich: 20 Jahre können eine lange Periode in der Geschichte einer kleinen Nation, wie den Ungarn sein. Doch ist dieselbe Periode nicht besonders lang z. B. im Leben einer anderen kleinen Nation, wie der Schweiz, die seit Jahrhunderten das Symbol einer ununterbrochenen Kontinuität und Stabilität ist.

In der Schweiz besteht eine langfristige Kontinuität, im Leben der kleinen mitteleuropäischen Völker besteht in diesem Sinne keine Kontinuität, deshalb haben 20 Jahre keinen absoluten Sinn. Doch spricht man im großen und ganzen über die Beschleunigung der Geschichte, dann ist auch zu merken, daß auf verschiedenen Gebieten des Lebens diese Geschwindigkeit sehr unterschiedlich ist. Bis vor ungefähr 10 Jahren hat man auf ähnlichen Veranstaltungen wie dieser immer auf den Namen von Herrn Ralf Dahrendorf hingewiesen und glücklicherweise habe ich heute seinen Namen hier noch nicht gehört, so kann ich der erste sein, der auf ihn hinweist. Der berühmte Professor der Soziologie an der London School of Economics sagte damals unmittelbar nach der großen Wende in 1989-90, dass man auf dem Gebiet der politischen Institutionen eine völlig neue Welt in 6 Monaten aufbauen kann. Man kann ein Mehrparteiensystem mit Parlament, Verfassungsgerichtshof und weiteren unter-

schiedlichen Institutionen des Rechtsstaates, wenigstens auf der formellen Ebene, relativ schnell aufbauen. Formell, das muß ich betonen. Vergleichen wir nämlich z. B. die verschiedenen Verfassungen der Welt miteinander, dann ist die am meisten demokratische Verfassung der Welt die sowjetische Verfassung von 1935. Doch das widerspiegelt keinesfalls eine politische Realität. Sehen wir weiter was Dahrendorf zum Gebiet der Wirtschaft zu sagen hatte! Er meinte damals ganz optimistisch dass man eine Marktwirtschaft in etwa 6 Jahren aufbauen könne und das war tatsächlich der Fall. Das Wichtigste aber, was er zu sagen hatte betraf die Einstellung, die Mentalität, die Denkweise der Menschen: um diese zu ändern, meinte er, brauchte man wenigstens 60 Jahre. Von diesem Gesichtspunkt aus gesehen ist es also sehr schwer zu beurteilen, ob 20 Jahre lang oder kurz sind. Ich habe mich nun entschieden über drei Aspekte der hinter und vor uns stehenden Umwälzungen zu sprechen.

### **Demokratie und Souveränität**

Für ein kleines Volk und einen kleinen Staat, wie Ungarn heute ist, ist der Begriff der Demokratie eine äußerst wichtige Sache. Demokratie und Unabhängigkeit, Demokratie und Souveränität, wie sie miteinander verbunden sind, das Verhältnis zwischen individueller Freiheit und nationaler Selbstständigkeit, das war immer ein grundlegender Fragenkreis für ungarische Politiker und Intellektuelle. Zur Frage dieser Beziehung, zur Klärung des Verhältnisses zwischen diesen 2 Gebieten, Demokratie und Souveränität, gab es viele recht unterschiedliche Zugangsweisen im Laufe der letzten anderthalb Jahrhunderte des ungarischen politischen Denkens. Um nur ein historisches Beispiel zu nennen: der Ihnen vielleicht bekannte ungarische Soziologe, Historiker, Politologe, Oszkar Jászi (1875-1957) hat in verschiedenen Abschnitten seines Lebens auf diese Frage 3 unterschiedliche Antworten gegeben.

1. Vor dem I. Weltkrieg glaubte er fest daran, daß die Demokratie bestens in einem völlig unabhängigen Staat verwirklicht werden kann.

2. Im Laufe des ersten Teiles des I. Weltkrieges ging er davon aus, daß vielleicht eine kontinentale Konföderation, unter der Leitung von Deutschland, die beste Garantie für eine demokratische Umgestaltung der ungarischen Gesellschaft sei.

3. Nach dem Zusammenbruch der Habsburger Monarchie wies er darauf hin, es sei doch eine Art Konföderation mit allen mitteleuropäischen Völkern, mit Kroaten, Südslawen, Tschechen u.s.w. die dem Aufbau demokratischer Institutionen in der mitteleuropäischen Region bestens dienen!

Das Verhältnis zwischen Demokratie und Souveränität ist natürlich ein höchst aktuelles Problem heute auch, wie z. B. die Diskussion darüber ob es wirklich zur Stärkung und Erweiterung der demokratischen Institutionen in unserem Land, in unserer Gesellschaft durch den EU-Beitritt kommen wird, widerspiegelt. Ich bin völlig überzeugt davon, daß dies der Fall sein wird, aber das ist doch ein Problem und besonders im Leben eines kleinen Volkes, welches viele Jahrhunderte lang auf die Unabhängigkeit und Souveränität gewartet hat. Man weiß nicht, ob Unabhängigkeit an sich ein Wert ist, doch auf alle Fälle war der Wille zur nationalen Freiheit eine Art von Wunschvorstellung im Leben aller kleinen mitteleuropäischen Völker und kurz nachdem diese erreicht wurde, mußte ein großer Teil dieser Souveränität aufgegeben werden. Natürlich aber nicht allein und dies ist ein wesentlicher Unterschied, sondern gemeinsam mit allen Mitgliedern der Europäischen Union. Doch in einer Gemeinschaft gibt es größere und kleinere Mitglieder und sicher werden wir zu den kleineren, aber bestimmt nicht zu den kleinsten gehören.

### **Staat und Gesellschaft**

Eine weitere Problematik ist die Beziehung zwischen Staat und Gesellschaft. Das ist ein grundlegendes Problem in den Ländern und Gesellschaften von Mittel- und Osteuropa und meistens ist die Binsenwahrheit auf diesem Gebiet einfach. Vom Gesichtspunkt eines demokratischen Staates bzw. einer demokrati-

schen Gesellschaft sei nämlich ein allzu starker Staat bestimmt nicht gut, sogar gefährlich weil so ein starker Staat alles von einem Zentrum dirigieren und kontrollieren will. Meiner Meinung nach ist dieses Verhältnis ein wenig komplizierter, ich glaube, dass eine zu starke Gesellschaft gegenüber einem schwachen Staat eben so schlimm sein kann, wie die Suprematie des Staates über die Gesellschaft. Es geht hier um ein sehr kompliziertes Gleichgewicht und ich glaube die ganze Struktur und Arbeitsmethode der Europäischen Union kann dabei behilflich sein. Frau Racz hat sehr interessante Sachen über die Probleme des Sozialstaates, über das amerikanische Modell und über das europäische Modell gesagt und natürlich kann ein allzu schwacher Staat die sozialen Leistungen weniger sichern, als ein starker Staat. Wir hoffen, dass dieses Gleichgewicht bewahrt werden kann.

Eine zweite Bemerkung zum Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft: Im Laufe der Diskussionen über die Traditionen auf diesem Gebiet in Mittel- und Osteuropa wird oft darauf hingewiesen, daß hier die demokratischen Institutionen und die Demokratie als solche keine tiefen Wurzeln haben. Laut dieser Argumentation und deshalb werden wir in der Europäischen Union ein schweres Leben haben, weil wir uns dort diesen demokratischen Institutionen anpassen müssen. Ich bin damit nicht einverstanden, weil man demokratische Institutionen nicht auf der Ebene der großen staatlichen Institutionen beobachten kann. Es ist sehr wichtig auch die Traditionen der Zivilgesellschaft von diesem Gesichtspunkt zu beurteilen und es wird oft vergessen, welche wichtige Rolle die Institutionen der Lokalverwaltung, der Lokalgesellschaft zu verschiedenen Krisenzeiten in der ungarischen Geschichte gespielt haben. Gestatten Sie es mir hier nur auf zwei solche Krisenperioden hinzuweisen. Die erste ist die letzte Periode des II. Weltkrieges. Für längere Perioden gab es gewisse Teile des Landes, wo weder die neue noch die alte Regierung die Lokalgeschehnisse kontrollieren konnte und die Lokalgesellschaft doch weiterleben konnte. Es ist nie zu einem Bürgerkrieg

gekommen. Das war auch der Fall in 1956, als es für eine kurze Zeit zum Zusammenbruch der zentralen Staatsmacht kam. Diese Periode dauerte nicht lange, doch es gibt Gesellschaften wo es in einer solchen Situation leicht zum Bürgerkrieg kommt. Das war bei uns wieder nicht der Fall, so bin ich sehr optimistisch, das es genügend demokratisches Potential in der ungarischen Zivilgesellschaft gibt. Auch die Tätigkeit ihres Vereines weist darauf hin. Dieses Potential ist in der Gestaltung der Vertretung der ungarischen Interessen in der Europäischen Union von großer Bedeutung.

### **Stabilität und Erneuerung der Mentalitäten**

Nun komme ich zum dritten und sehr komplizierten Gebiet, das ist die Zukunft der Mentalitäten, der Einstellungen und der Denkweisen die von Grundwerten bestimmt sind. Diese sind besonders schwer zu ändern aber ihre Kontinuität kann auch ein sehr grosser Vorteil sein. Es gibt einen sehr wichtigen Wert der europäischen Traditionen, welcher gegenüber den anglosächsischen Traditionen von großer Bedeutung ist und das ist die Solidarität. Zur Zeit des Sozialismus, Kommunismus war die kollektive Rhetorik mit einer eigenartigen Individualstrategie verbunden. Man sprach ständig über die Werte der Gemeinschaft, aber die tatsächliche Politik war sehr individualistisch eingestellt, Lebensläufe waren dann erfolgreich, wenn sie individualistisch gestaltet wurden. Ich glaube diese Solidarität ist ein Wert, welchen man auch in den Lokalgesellschaften der mittel- und osteuropäischen Länder beobachten kann und ich glaube dies ist keine Last, sondern eher ein Vorteil für die weitere Entwicklung der Werte der Europäischen Union. Es gibt natürlich doch ein großes Problem. Als ich zur Schule ging und Geschichte studierte, verkörperten diejenigen, welche ich als Helden kennenlernte nach zwei Jahrzehnten die Teufel und frühere Teufel wurden zu Engeln. Eine europäische Wertegemeinschaft kann natürlich nur dann funktionieren, wenn eine Kontinuität der Teufel und Engel besteht. Ohne der Bewahrung der Kontinuität solcher grundlegenden Werte kann man

am Aufbau einer neuen politischen Konstruktion langfristig kaum mitwirken. Seitens der Kirchen gibt es natürlich wichtige Aufgaben in diesem Zusammenhang, doch da wir für dieses Gebiet einen sehr guten Fachmann hier haben, werde ich jetzt auf diesbezügliche Überlegungen verzichten.

### Vision 2025

Zum Schluß möchte ich meine letzten Ideen in Form eines Witzes zum Ausdruck bringen und versuche dies dann auch noch zu interpretieren.

Es gibt in der Ungarischen Folklore sogenannte „gelegentliche Witze“ und „Grundwitze“. Grundwitze können verschiedene Zeitperioden überleben und zwecks Erhellung meiner Vision von 2025 möchte ich so einen Grundwitz erzählen.

Die Tiere im großen ungarischen Urwald halten 1950 eine Versammlung ab, alle Tiere sind anwesend und der Löwe hat den Vorsitz. Er hält einen Vortrag und sagt u.a., meine lieben Genossen, meine lieben Tiere darf ich am Ende noch einmal die Hauptthese meines Referates unterstreichen:  $2 \times 2 = 8$ , alle Tiere applaudieren natürlich laut.. Doch in der ersten Reihe sitzt ein kleiner Hase, welcher die Hand hebt und sagt: werte Genossen, wir wissen das der Löwe eine außergewöhnliche Tierpersönlichkeit ist, aber es kann sein das ich in eine schlechte bürgerliche Schule ging, in der mir gelehrt wurde, daß  $2 \times 2 = 4$  sind. Unglaubliche Stille, auch die Vöglein schweigen im Walde, doch plötzlich ganz unerwartet erscheinen 2 Tiger, der arme Hase verschwindet und wir haben nie wieder von ihm gehört. Es gibt 21 Jahre später, 1971 zur Spitzenzeit des Kadar-Regimes wieder eine Generalversammlung der Tiere. Ein neuer

Löwe, aber doch ein Löwe, hat den Vorsitz und sagt: liebe Mitbürger, liebe Kollegen, darf ich mein Referat zusammenfassen,  $2 \times 2 = 6$ . Kein Applaus, nur Hase jr. sitzt in der ersten Reihe und genießt ein großes Ansehen, weil er der Sohn des großen Opfers der Reinigungen sei. Der Hase steht ohne sich zu melden auf und sagt: das ist Blödheit, wir haben einen dummen Löwen, jeder weiß, daß  $2 \times 2 = 4$  sind. Es passiert nichts, der Hase geht nach Hause und nach einigen Tagen erhält Hase jr. einen Anruf. Der Anrufer sagt, ich bin Puma vom Innenministerium. Darf ich sie zu einem Abendessen einladen? Während des Abendessens erzählt Genosse Puma das Folgende: Herr Hase, wir waren dabei als sie die interessante Bemerkung zu  $2 \times 2$  gemacht haben und im großen ganzen sind wir auch mit ihnen einverstanden und ehrlich gesagt, auch ist der Löwe auch ihrer Meinung. Aber: darf ich sie auf zwei Tatsachen aufmerksam machen. Zuerst dass, 6 sei immerhin besser als 8. Zweitens: der Löwe sprach vor großer Öffentlichkeit und dies wurde auch vom großen Bruder in der Nachbarschaft gehört. Der grosse Bruder hört so was nicht gern, denn 6 ist zu wenig für ihn.

Was können wir von diesem Witz lernen? Weder 8 noch 6 zeigt die Wahrheit und vielleicht werden wir 2025 in einer Welt leben, wo nicht 3 oder 3,5 gesagt werden muß, zu Hause genauso wie im Rahmen der Verhandlungen innerhalb der Europäischen Union wo wir als alte Mitglieder viele Erfahrungen gesammelt haben werden. Das klingt zwar ein bißchen zu optimistisch, doch wir sprechen hier über Visionen und vielleicht kommen wir in 21 Jahren zu einer Welt, wenigstens hier in Europa, wo  $2 \times 2$  immer 4 sein kann. Das ist meine Vision für 2025.

**A márcusi számban meghirdetett ill. a honlapunkon történt felhívásra 200-an jelentkezték. A nyomdai munkát csak a végleges példányszám ismeretében tudjuk indítani. Ezért kérjük, aki szeretne igényelni a könyvből, vagy a korábban megküldött igénylőlap elküldésével vagy a honlapon adja le a rendelését. Utóbbit vissza is igazoljuk.**



**Udo Schumacher<sup>1</sup>**

**Janos Mester<sup>2</sup>**

*Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf,  
Abteilung für Experimentelle Morphologie<sup>1</sup>, Klinik  
und Poliklinik für Nuklearmedizin<sup>2</sup>*



## **KREBS IM JAHRE 2025**

**G**eorge Bernhard Shaw bemerkte einmal, dass Vorhersagen und besonders solche über die Zukunft schwierig seien. Diese Mahnung zur Vorsicht gilt insbesondere für Prognosen im Bereich der Onkologie, wo die Treffsicherheit von Prognosen retrospektiv beurteilt werden kann: Präsident Nixon rief vor mehr als einem Vierteljahrhundert zum Krieg gegen den Krebs auf, um ihn gegen das Ende des Jahrtausends besiegt zu haben. Trotz aller Fortschritte der Molekularen Medizin sieht die Prognose für die meisten Krebspatienten immer noch düster aus. Während bei kindlichen Tumoren, bei Lymphomen und Leukämien beachtliche Behandlungserfolge erzielt worden sind, gilt dies nicht für Patienten mit soliden bösartigen Tumoren, die unverändert einen Großteil der Tumorerkrankungen darstellen und somit die Statistik dominieren. Der Vergleich einiger Daten belegt die derzeitige Situation eindrucksvoll: zwei besonders prognostisch ungünstige Beispiele stellen der Tumor der Bauchspeicheldrüse – das so genannte Pankreaskarzinom- und der kleinzellige Tumor der Lunge – das kleinzellige Bronchialkarzinom – dar. Die relative Fünf-Jahresüberlebensrate stieg beim Pankreaskarzinom im Zeitraum von 1974-75 von 2,6% auf 4,4% im Zeitraum 1992-99, beim kleinzelligen Bronchialkarzinom im gleichen Zeitraum von 3,6% auf 6,3%. Beim Karzinom der Brust, das eine andere Tumorbiologie als die beiden erstgenannten Tumorarten zeigt, verbesserte sich die Fünf-Jahresüberlebensrate in den gleichen Zeiträumen von 74,4% auf 86,6% (< 10% Verbesserung!). Diese Zahlen belegen, dass immer noch ein außerordentlich großer Hand-

lungsbedarf in der Entwicklung effektiver Therapien für die Behandlung bösartiger Tumoren besteht.

Diese Therapien müssen die Tumorzellen im ganzen Körper, also systemisch, treffen, da die Prognose der Krebspatienten weniger durch den eigentlichen Primärherd als vielmehr durch die Streuung der Tumorzellen in viele Organe des Körpers bestimmt ist. Dieser als „Metastasierung“ bekannte Prozess ist in seiner Komplexität noch unerklärbar, so dass bis heute zielgerichtete, medikamentöse Maßnahmen, die zu einer Unterbrechung dieses Prozesses führen könnten, nicht zur Verfügung stehen.

Diesem großen Handlungsbedarf steht auf der anderen Seite eine zunehmende Stagnation in der Entwicklung neuer Medikamente gegenüber. Im Jahre 1993 wurden von der Food and Drug Administration (FDA), die in den USA für die Zulassung neuer Medikamente verantwortlich ist, rund einhundert neue Wirkstoffe zur Zulassung eingereicht, zehn Jahre später waren es weniger als dreißig, wobei dies alle Indikationen einschließlich der onkologischen umfasst.

Dieser Rückgang der Zulassungsanträge erstaunt zunächst, denn durch die Entschlüsselung des humanen Genoms sind eine Reihe von unbekanntenen Genen entdeckt worden, die für die Onkologie neue und therapeutisch nutzbare Zielstrukturen darstellen. Die Schwierigkeit besteht daher nicht in der Identifizierung von neuen molekularen Targets, sondern in der Tatsache, dass diese fundamentalen Ergebnisse nicht schnell genug in klinisch wirksame Medikamente umgesetzt

werden können. So sieht die FDA in der mangelnden Vorhersagbarkeit und der hohen Fehlerquote die beiden Hauptursachen für die rückläufige bis höchstens stagnierende Tendenz in der Anzahl der Zulassungsanträge für neue Medikamente.

Somit besteht die wesentliche Herausforderung der Onkologie darin, frühzeitig und zielgerichtet solche Substanzen zu identifizieren, die eine therapeutische Wirksamkeit auf den Tumor im Patienten zeigen. Die Wirksamkeit auf den Tumor selbst ist am besten dadurch abzuschätzen, dass man unter der Therapie die Tumorgöße und damit das „sichtbare“ Therapieansprechen bestimmt. Dieser einfache Weg ist sicher dann gangbar, wenn es zu drastischen Tumorgewebeeinschmelzungen unter der Therapie kommt. Eine solche dramatische Tumorreduktion dürfte aber nur in den seltensten Fällen der Fall sein, so dass es bei der Optimierung einer Therapie, die in kleinen Schritten vorangeht, einzig auf relativ subtile Größenveränderungen ankommt.

Das wohl größte Problem bei der Entwicklung neuer anti-tumoral wirksamer Medikamente liegt darin, dass Tumoren unterschiedlich empfindlich für diese Medikamente sind, so dass statt einer Breitbandtherapie eine auf den individuellen Tumor zugeschnittene Therapie angeboten werden muss, um wirksame Ergebnisse zu erzielen. Diese Einteilung der Tumoren nach der Ansprechbarkeit in Bezug auf eine definierte Therapie kann zur Zeit selbst mit molekularbiologischen Methoden (z. B. Gene Chip Array) noch nicht befriedigend erfolgen, so dass die Fallzahlen bei klinischen Studien sehr hoch sein müssen, um eine Wirksamkeit bei einem kleinen Prozentsatz der Patienten belegen zu können. Deshalb wäre es von großem Nutzen, Parameter zu finden, die frühzeitig ein Ansprechen eines Tumors auf eine Therapieart belegen könnten. Ein intuitiv sofort einsehbarer solcher Parameter ist die Tumorgöße. Da aber die meisten Tumoren und deren Metastasen in inneren Organen vorliegen, müssen diese sichtbar gemacht werden, was nur ungenügend durch CT und MRT (Kernspintomographie) gelingt, da durch die Chemotherapie Ver-

änderungen in der Tumorgöße hervorgerufen werden können, die primär nichts mit dem Ansprechen auf eine Therapie gekoppelt sind (z. B. Entzündung, Ödem) und so zu falschen Ergebnissen führen können. Was für solche klinische Wirksamkeitsstudien erforderlich ist, ist die einer mehr spezifischen Darstellung von Stoffwechselprozessen des Tumors, die hochauflösend im 3-D zu erfolgen hat. Die Methode, welches dieses Vorgehen ermöglicht, heißt „Molekulare Bildgebung“.

Die Grundlage dieser Technik bildet die intravenöse Injektion kleinster Mengen radioaktiv markierter Moleküle, die mit hoher Selektivität in bestimmte Stoffwechselprozesse eingebaut, oder an bestimmte Zielstrukturen gebunden werden. Diese Moleküle senden dann Signale aus, die außerhalb des Körpers detektiert und dann zur Erstellung eines Bildes über ihre Verteilung benutzt werden können. Das Bildbeispiel zeigt Aufnahmen eines Tumorpatienten nach der Injektion von radioaktiv markiertem Zucker. Die Schwärzung im Bild entspricht der Intensität des regionalen Zuckerstoffwechsels. In manchen Regionen ist diese Schwärzung physiologisch, wie z.B. im Gehirn, da das Gehirn sich fast ausschließlich vom Zucker ernährt und dementsprechend große Mengen davon benötigt. Ebenso verbrauchen verkrampfte Muskeln im Hals und den Extremitäten vermehrt Energie, die primär aus der Verbrennung von Zucker gewonnen wird. In den anderen, mit den Pfeilen markierten Bereichen ist allerdings der erhöhte Glukosestoffwechsel nicht physiologisch erklärbar. Hier haben sich Krebszellen angesiedelt, die mit der so genannten Positronen-Emissions-Tomographie (PET) aufgespürt wurden. Eine Verminderung der Intensität der Schwärzung während der Therapie beweist die Wirkung des Therapeutikums und das sogar deutlich früher als jegliche Änderung in der Volumengröße des Tumors. Die Forschung macht bei diesem aufregenden Zwischenschritt nicht Halt, da es eine Reihe von weiteren biologischen Markern gibt, die den Erfolg der angewendeten Therapie frühzeitig dokumentieren. Wir erforschen gerade ein Molekül, das in seiner radioaktiver

Form Informationen über das Ausmaß der Zellteilungsrate liefert.

Heute wird leider noch darüber diskutiert, ob diese relativ teure Spitzentechnologie der medizinischen Bildgebung allen Patienten zugänglich sein soll. Diese Methoden der „Molekularen Bildgebung“ werden sich jedoch in den kommenden Jahren im zusammengewachsenen Europa unaufhaltsam durchsetzen, da die Argumente für ihre Anwendung heute bereits erdrückend sind und durch neueste Forschungsergebnisse ständig gewichtige Argumente dazukommen.

Durch die Entschlüsselung des humanen Genoms ist der Umstand eingetreten, dass nur fünfhundert bis eintausend Proteine als Zielstrukturen für die Therapieentwicklung als lohnend angesehen werden. Durch Röntgenstrukturanalyse und molekulare Modellierung dürften die Bindungsstellen der aktiven Zentren dieser Proteine bestimmt werden, so dass zumindest optimale Bindungspartner für die aktiven Zentren dieser Moleküle gefunden werden. Zumindest theoretisch bedingt dies, dass Arzneimittel in Bezug auf ihre Rezeptorbindung optimiert werden können, so dass auch von diesem Aspekt her eine Endlichkeit in der Arzneimittelentwicklung möglich erscheint, wenn man die Probleme des Stoffwechsels dieser Medikamente außer Acht lässt.

Die methodischen Möglichkeiten, um naturwissenschaftliche Probleme bei der Entwicklung neuer onkologisch wirksamer Medikamente zu lösen, waren noch nie so breit gefächert wie heute, so dass es keiner weiteren Quantensprünge in der Methodik bedarf, neue

Medikamente zu entwickeln. Ob aber alle diese Möglichkeiten der Therapieentwicklung ausgenutzt werden, hängt im Wesentlichen von der Finanzierung dieser Forschung ab, die aufgrund des erhöhten Finanzbedarfes immer schwieriger wird. Diese ständig ansteigende Teuerung der Arzneimittelentwicklung liegt in der westlichen Welt nicht zuletzt darin begründet, dass Universitäten, welche die gesetzlich vorgeschriebenen Wirksamkeits- und Zulassungsstudien durchführen, sich diese sehr gut bezahlen lassen. Sie tun dies, weil sie ihrerseits unter einem enorm hohen Kostendruck stehen, da sie selbst insbesondere onkologisch wirksame Arzneimittel teuer einkaufen müssen, wodurch sich letztendlich ein Teufelskreis schließt.

Aufgrund der oben angesprochenen Komplexität des Metastasierungsprozesses dürfte es vermutlich nur möglich sein, die Metastasierung im Sinne einer chronischen Erkrankung zu beherrschen. Ob aber sogar dieses relativ niedrig gesteckte Ziel in den nächsten Dekaden erreichbar sein wird, hängt – wie eben dargelegt – wesentlich von der Finanzierbarkeit der klinischen Studien ab, die wiederum entscheidend von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abhängt. Damit sind alle Prognosen der Weiterentwicklung neuer onkologischer Therapien mit der Wirtschaftsentwicklung eng gekoppelt. Und wie schwierig die Prognosen in diesem Sektor sind, ist nach dem Börsencrash vor wenigen Jahren jedem klar. Die Notwendigkeit, neue Medikamente gegen den Krebs zu entwickeln ist jedenfalls aufgrund der klinischen Situation gegeben.

**Sikeresen megkezdtek a „Vortragsveranstaltung“ sorozatunkat. Dr. Koskásné Palicska Livia „Intelligente Textilien“ c. előadásra sok hallgatót vonzott és nagyon érdekes volt. A következő előadásról a honlapon adunk hírt.**



# Empfang an der Botschaft

**D**onnerstag vor Pfingsten: Eine Tradition wurde auch in diesem Jahr fortgesetzt, denn die deutsche Botschaft lud die ehemaligen Absolventen deutscher Universitäten erneut zu einem Treffen ein. Diesmal hatten die Eingeladenen die Gelegenheit, die Botschafterin Frau Ursula Seiler-Albring, die nach Wien und Sofia in Budapest ihr Amt antrat, kennen zu lernen. In ihrer Begrüßungsrede hob ihre Exzellenz die besonderen Chancen hervor, die sich in den persönlichen Kontakten der ehemaligen Stipendiaten verbergen. In ihren Worten kam auch die Hoffnung zum Ausdruck, dass durch die sich eröffnenden neuen Möglichkeiten im vereinten Europa auch an deutschen Universitäten immer mehr junge Ungarinnen und Ungarn studieren werden.

Im Namen des Humboldt-Vereins begrüßte

Frau Dr. Éva Palócz die neue Botschafterin; sie gab eine kurze Übersicht über die Tätigkeit des Vereins. Frau Seiler-Albring wurde seitens unseres Vereins von unserem Präsidenten, Herrn Tamás Bornemissza, begrüßt, der in seiner Ansprache betonte, dass unsere Vereinsmitglieder durch Engagement und persönliche Ausstrahlung zur Stärkung der Position der deutschen Sprache beitragen. Er gab seiner Zuversicht Ausdruck, dass an den deutschen Universitäten hohes fachliches Niveau sowie Professionalität von Seiten der Studenten und des Lehrkörpers sich als roter Faden durch die Entwicklung hindurchzieht. Harmonisierung solle nicht den Vormarsch des Mittelmäßigen bedeuten, die Vielfalt der Besten solle für Studierende die wahre Anziehungskraft ausüben, erklärte unser Präsident.

Suchen Sie eine neue Herausforderung im Verkauf? Wenn ja, sollten Sie uns kontaktieren. Wir sind ein Schweizer Engineering- und Handelsunternehmen und vertreten namhafte europäische Werkzeugmaschinenhersteller und suchen einen motivierten und leistungsbereiten

## Verkaufsingenieur im Aussendienst für spanabhebende Werkzeugmaschinen

(Schleifmaschinen, Fräsmaschinen, Bearbeitungszentren und Drehmaschinen)

- Sie verfügen über Erfahrung im Bereich Verkauf von Werkzeugmaschinen.
- Sie haben einen technischen Hochschulabschluss oder verfügen über eine mechanische Grundausbildung und gute Kenntnisse im Bereich Zerspanung.
- Sie sind eine dynamische, kontaktfreudige Persönlichkeit und schätzen die Herausforderung des Verkaufs von Investitions-Gütern, die Betreuung der bestehenden Kundschaft und die Aquisition von neuen Kunden.
- Ihre Muttersprache ist ungarisch und Sie verfügen über genügend Deutschkenntnisse für die nötigen Kontakte mit den Herstellern in der Schweiz, Deutschland, Frankreich und Italien.

Ihnen bieten wir eine äusserst interessante und vielseitige Tätigkeit mit grosser Selbständigkeit und Selbstverantwortung. Wir garantieren eine gründliche Einschulung in unsere Produktpalette bei unseren Herstellerfirmen.

Sie sind interessiert?  
Dann zögern Sie nicht und senden Sie Ihre Bewerbungsunterlagen in deutscher Sprache an:

ALFLETH Engineering AG, Hardstrasse 4,  
CH-5600 Lenzburg  
Telefon: +41 62 888 70 00;  
Fax +41 62 888 70 10  
[www.alfleth.com](http://www.alfleth.com)  
Email: [mail@alfleth.com](mailto:mail@alfleth.com)

# Luca széke

[www.nemet-diplomasok.hu](http://www.nemet-diplomasok.hu)

Nyáron érkezett leveleitek közül szeretnék egyet kiemelni, Németh Krisztináét. Emlékeztek rá? Sokan személyesen is találkoztak vele, mások csak rovatunkból ismerhették meg a lipcsei Handelshochschulén 1993-ban végzett, Brüsszelben élő társunk sorsát, aki nehéz műtétje óta példaadóan küzd betegségével.

Minket is értesített róla, hogy a nyáron néhány hétre hazalátogat Budapestre. Kedves Krisztina, reméljük jól érezted magad itthon, és sikerült barátokkal, ismerősökkel találkozni, beszélgetni. Mindannyiunk nevében erről a helyről is szeretettel üdvözlünk, és minden jót kívánunk!

Időről-időre kénytelen vagyok a tagdíj befizetésével, nyilvántartásával kapcsolatban is szólni. Mindannyian tapasztalhatjátok azt a rugalmasságot, amivel az egyesület a fizetési fegyelem kérdését kezeli, sokan élnek is vele.

A befizetők névsoráról közreadott tájékoztatóval több célunk is van. Először is szeretnénk köszönettel nyugtázni és visszaigazolni a már beérkezett tagdíjakat. Másodsor biztos támpontot szeretnénk adni azoknak, akik nem emlékeznek egészen pontosan, feladták-e már az esedékes összeget? Hiszen egyik esztendő olyan gyorsan repül a másik után....Harmadszor pedig gyöngéd ösztönzést kívánunk adni a késlekedőknek.

Ezt a célt mindeddig egy betétlapra nyomtatott névsor szolgálta, amelyet az újsággal együtt kaptatok meg. Ez az eljárás azonban néhány társunkból ellenérzést váltott ki, ezért diszkrétebb megoldást szeretnénk találni.

Mit szólnátok ahhoz, ha a tagdíj befizetésére utaló jelzést (pl. az utolsó befizetés évszámát) a borítékra ragasztott címkére, a feladó alatti sorba nyomtatnánk? Így mindenki ellenőrizhetné, teljesítette-e már azévi kötelezettségét.

Kíváncsian várom véleményeteket a

[www.nemet-diplomasok.hu](http://www.nemet-diplomasok.hu)

címen.

Luca (Sziviné Harsányi)

[info@nemet-diplomasok.hu](mailto:info@nemet-diplomasok.hu)

Felelős kiadó / *Verantwortlicher Herausgeber*: Bornemissza Tamás, az Egyesület elnöke • Szerkesztőség / *Redaktion*: Fixl Renáta, Hambuch Erika, Korencsy Ottó, Márki Gábor, Nagy Éva, Sziviné Harsányi Luca • Szerkesztés, tördelés / *Layout*: Rácz Julianna • Lektor / *Lektor*: Juliane Marki • A szerkesztőség címe / *Adresse*: 1631 Budapest Pf. 28. Fax: 36-1-403-6412 • Nyomás / *Druck*: Raabe-Kiadó Budapest – Regia Rex Nyomda Székesfehérvár • Megjelenik 1250 példányban, évente háromszor *Erscheint jährlich dreimal, Auflagenhöhe*: 1250